

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
H. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei, „Tagblatt-Press“.
Geschäftstagen: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor u. nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 3331.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Für eine Bezugszeit von 2 Wochen 80 R.-Pfg., für einen Monat R.-M. 1.70, aus-
schließlich Zustellungsgebühr. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen,
die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder
Streiks haben die Bezüge keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Ortsliche Anzeigen 30 R.-Pfg., auswärtige Anzeigen 30 R.-Pfg., örtliche Reklamen
R.-M. 1.—, auswärtige Reklamen R.-M. 1.50 für die einspaltige Anzeigenspalte oder deren Raum.
— Hat die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen nicht eine Gewähr
übernommen. — Schluß der Anzeigen-Nachnahme 10 Uhr vormittags. — Spätere Anzeigen müssen
spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegraphen-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rastaus.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Nr. 199.

Samstag, 23. Juli 1932.

80. Jahrgang.

Der Kampf um die Gleichberechtigung.

Die Genfer Abrüstungskonferenz. — Adolfin vertritt die deutschen Forderungen.
Englisch-amerikanisch-französische Einheitsfront.

Ein deutsches Abrüstungsultimatum.

as. Berlin, 23. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner
Abteilung.) Die Innenpolitik hat in den letzten Tagen
die Kämpfe um die Vertagung der Abrüstungskonferenz
allzu sehr in den Hintergrund treten lassen. Erst jetzt
wendet sich nach der Rede des deutschen Botschafters
Adolfin und nach der Erklärung, die der Botschafter
im Auftrag der Reichsregierung verlas, das Interesse
wieder in stärkerem Maße den Genfer Vorgängen zu.

Es ist den deutschen Bemühungen nicht gelungen,
den Entschliebungsentwurf, durch den der erste
Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz beendet
wird, umzubiegen.

Die Entschliebung bedeutet für die praktische Abrüstung
überhaupt nichts. Man stellt eigentlich nur fest, in wel-
chen Punkten bisher eine Übereinstimmung erzielt wurde,
aber man läßt die großen Fragen, wie die Gleich-
berechtigung völlig beiseite. Wenn man bedenkt,
daß diese Entschliebung gefaßt wird nach 5 Jahren Vor-
arbeit und nach sechsmonatigen Verhandlungen der
eigentlichen Abrüstungskonferenz, so wird man das Er-
gebnis als blamabel bezeichnen müssen. Die deutsche
Delegation steht sich denn auch nicht in der Lage, der
Entschliebung zuzustimmen. Die deutsche Forderung nach
Gleichberechtigung ist von dem Botschafter Adolfin
gestern nochmals stark unterstrichen worden.

In ihrer Erklärung betont die Reichsregierung,
die weitere Mitarbeit Deutschlands sei nur mög-
lich, wenn die künftigen Arbeiten der Konferenz
auf der Grundlage der freien Anerkennung der
Gleichberechtigung erfolgen.

An einer anderen Stelle wird weiter gesagt, die deutsche
Regierung könne ihre weitere Mitarbeit nicht in Aus-
sicht stellen, wenn nicht eine befriedigende Klärung
dieses für Deutschland entscheidenden Punktes bis zum
Wiederbeginn der Arbeiten der Konferenz erreicht
werden sollte. Damit wird auf den eigentlichen Ernst der
Lage hingewiesen, gleichviel, ob man diese deutsche Er-
klärung als Abrüstungsultimatum bezeichnen will oder

nicht. Die Aussichten für Deutschland sind allerdings
nicht sehr günstig.

Es hat sich in der Rüstungsfrage eine Einheits-
front zwischen Amerika, England und Frankreich
gebildet.

Wenn diese Übereinstimmung auch wohl geeignet ist, die
späteren Schuldenverhandlungen zu erleichtern, so wirkt
sich die Einheitsfront zunächst doch hemmend für die wei-
teren Abrüstungserörterungen in Genf aus. Wer von
dem Hoover'schen Abrüstungsvorschlag eine neue Bele-
bung der Konferenz erwartet hatte, sieht sich getäuscht.
Nicht ganz ohne Ironie konnte der englische Außen-
minister Simon gestern auf die Forderung nach weiter-
gehenden Ergebnissen antworten, man brauche nicht
amerikanischer zu sein als der Amerikaner.

Auch für die Italiener ist diese Entwicklung
schmerzhaft, denn sie bedeutet eine starke Forderung
der bisherigen italienisch-amerikanischen Freundschaft.

Italien hat denn auch gegen die Entschliebung der Ab-
rüstungskonferenz Stellung genommen. Es bleibt selbst-
verständlich abzuwarten, ob es Mussolini, der ja
nun wieder selbst die italienische Außenpolitik leiten
wird, gelingt, in die Front der Großmächte einbezogen
zu werden. Es gibt in Genf auch nicht einmal eine Ein-
heitsfront der abgerüsteten Mächte, denn der ungarische
Vertreter unterstrich zwar gestern die Forderung nach
Gleichberechtigung, distanzierte sich aber sofort von der
deutschen Delegation, indem er erklärte, Ungarn schlage
eine andere geduldigere Taktik ein und verlange die
Verwirklichung der Gleichberechtigung nicht für sofort.
Zweifellos macht sich hier die starke finanzielle Ab-
hängigkeit Ungarns von Frankreich bemerkbar, die ja
seit längerer Zeit schon offenkundig ist. Ganz gleich, wie
sich der Aufmarsch der Mächte vollziehen wird, Deutsch-
land wird und muß seine Forderung nach Gleichberechti-
gung weiter vertreten und weiter dafür kämpfen. Wie
stark auch die innere Zerrissenheit Deutschlands sein mag,
in dieser Forderung stimmt jedenfalls das gesamte
deutsche Volk mit der Regierung überein.

Blick in die Welt.

Frankreichs Bundesgenossen und der Vertrauenspakt.

Wenn schon bei dem Bekanntwerden des französisch-
englischen Vertrauensabkommens die Befürchtung ge-
äußert wurde, daß dies Abkommen als ein Mittel zur
Niederhaltung aller Revisionsforderungen gedacht sei, so
werden diese Befürchtungen durch die Begeisterung, mit
welcher der Abschluß des Abkommens von den französi-
schen Bundesgenossen aufgenommen wurde, noch ver-
stärkt. Der polnische Außenminister Jaleski hat sich
beeilt zu erklären, Polen sei zum Beitritt bereit und un-
mittelbar darauf hat der sehr geschäftige Herr Beneš
für die Tschechoslowakei verkündet, dieses Land werde
eine „durchaus positive Einstellung“ zum Vertrauensab-
kommen einnehmen. Für England aber betonte der
Außenminister Sir John Simon, der Beitritt zum
Abkommen stehe auch den in Lausanne nicht vertretenen
Ländern offen. Unter solchen Umständen wird die
deutsche Regierung noch sorgfältiger, als es schon ohne-
hin notwendig war, die Frage prüfen müssen, ob Deutsch-
land gut daran tut, dem Abkommen beizutreten, oder ob
es zweckmäßiger ist, der Empfehlung des Zentrums-
organs, der „Germania“, Folge zu leisten und mit den
Vorgängen bei dem Abschluß des sogenannten gentlemen's
agreements den Nichtbeitritt zu motivieren. Der deutsche
Geschäftsträger in London — der Botschafterposten ist ja
offen seit Herr v. Neurath als Außenminister in die
Berliner Wilhelmstraße übersiedelte — hat sich ja inzwi-
schen bereits um weitere Informationen über das Ver-
trauensabkommen bemüht, allerdings vergeblich, da sich
der englische Außenminister in Genf befindet. Wenn
hier England, Frankreich, Amerika und auch Italien
hinter verschlossenen Türen verhandeln, so ist auch diese
Methode nicht geeignet, das deutsche Mißtrauen gegen
das Vertrauensabkommen zu beseitigen.

Neue Fesseln für Österreich.

Es ist ja auch garnicht zu leugnen, daß sich, welt-
politisch betrachtet, die Gesamtlage verschoben hat. Auch
wenn man nicht so weit geht, wie der französische
Ministerpräsident und wenn man nicht mit ihm das Ver-
trauensabkommen schon als Wiederbelebung der frü-
heren „entente cordiale“ bezeichnet, kann man doch gar
nicht leugnen, daß sich London und Paris außerordent-
lich genähert haben. Das hat nicht nur Deutschland in
Lausanne zu spüren bekommen, sondern die gleiche Er-
fahrung haben auch die Österreicher machen müssen. Man
braucht nur einmal die Vorgänge bei dem Abschluß der
jetzigen Völkerbundsanleihe zu vergleichen mit den Din-
gen, die sich vor etwa einem Jahre abspielten, als sich
Österreich nach dem Zusammenbruch der Kreditanstalt in
einer so schwierigen finanziellen Lage befand, daß es auf
ausländische Hilfe angewiesen war. Schon damals ver-
suchten bekanntlich die Franzosen politische Forderungen
durchzusetzen. Sie waren bereit, Österreich zu helfen,
wenn dieses erneut auf den Anschluß verzichtete würde.
Überausend stellte damals in der Nacht vom 16. zum
17. Juni die Bank von England der österreichischen
Nationalbank 150 Millionen Schilling zur Verfügung,
wodurch die Absichten der Franzosen durchkreuzt wurden.
Jetzt aber fanden sich in den endlosen Verhandlungen
um die Völkerbundsanleihe für Österreich England und
Frankreich zusammen und die Bedingungen, die Öster-
reich unterschreiben mußte, entsprechen fast völlig denen,
die Frankreich schon im vorigen Jahre stellte. Noch ein-
mal wird Österreich auf das berüchtigte Genfer Protokoll,
das im Jahre 1922 bei der Aufnahme einer Völk-
erbundsanleihe unterzeichnet werden mußte, verpflichtet.
Dies ist jenes Schriftstück, durch das Österreich den im
Friedensvertrag bestimmten Verzicht auf den Anschluß
noch einmal bestätigte und es ist weiter jenes Schrift-
stück, durch das auch die österreichisch-deutsche Zollunion
endgültig zerfallen wurde. Daher erscheint es be-
greiflich, wenn in Österreich starke Erbitterung darüber
herrscht, daß für die 300-Millionen-Schilling-Anleihe
derartige Bedingungen unterschrieben werden mußten.
Zum Teil fehlt es auch nicht an Angriffen gegen die
deutsche Regierung, da sich der Vertreter Deutschlands
im Völkerbund bei der Abstimmung nur der Stimme
enthielt, aber nicht durch ein Nein die ganze Aktion zum
Scheitern brachte. Da sich die österreichische Regierung
aber selbst wiederholt für die Völkerbundsanleihe trotz
aller schmerzlichen Bedingungen bedankte, wäre es für
Deutschland nicht leicht gewesen, die Verantwortung für
ein Scheitern der Anleihe zu übernehmen. Hier dürfte
wohl auch der Grund liegen, weshalb sich Deutschland,
dem es seine finanzielle Lage ja nicht möglich macht,
Österreich in wirklich nennenswerter Weise zu unter-
stützen, in Genf nicht österreichischer gab, als die Öster-
reicher selbst.

Ministerwechsel in Italien.

Man geht auch wohl weiterhin nicht fehl in der Ver-
mutung, daß der Ministerwechsel, der sich jetzt in Italien

Tagung des Überwachungsausschusses.

Kein Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Einberufung.

Der Reichskanzler erscheint zur nächsten Sitzung.

Berlin, 22. Juli. Die Sitzung des Überwachungsaus-
schusses des Reichstags wurde am Freitagnachmittag vom
Abgeordneten Heilmann (Soz.) eröffnet. Zu der Sitzung
waren außer den Nationalsozialisten auch Vertreter
der Deutschnationalen, des Landvolks und der
DVP. nicht erschienen. Reichstagspräsident Löbe
nahm an der Sitzung teil. Ein Vertreter der Reichsregierung
war nicht anwesend, dagegen waren einige Gesandte von
Länderregierungen erschienen.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des
Ausschusses wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Dr.
Högnert (München) gewählt, der die weitere Leitung des
Ausschusses übernahm. Nach Schluß einer längeren Ge-
schäftsordnungsdebatte stellte der Vorsitzende fest, daß von
seinem Redner die Rechtmäßigkeit der Einbe-
rufung des Ausschusses angezweifelt worden
sei.

Der Ausschuh trat dann in die sachliche Beratung ein
und nahm zunächst mit allen Stimmen gegen die des Abg.
v. Lindener-Wildau einen Antrag des Abg. Dr. Pfleger
(Bay. Sp.) an, durch den der Vorsitzende des Aus-
schusses Abg. Strasser (Nat.-Soz.) abberufen wird.
Zur Beratung des dem Ausschuh vorliegenden zahlreichen
Antragsmaterials wurde von der Ausschuhmehrheit die An-
wesenheit des Reichskanzlers und des Reichs-
innenministers verlangt. Ein Antrag auf Herbei-
zitiertung der beiden Vertreter der Reichsregierung wurde
gegen die Stimme des Abg. v. Lindener-Wildau angenom-
men. Die Sitzung wurde für kurze Zeit unterbrochen, um
der Regierung von dem Beschluß Kenntnis zu geben.

Sozialdemokraten und Zentrum hatten in-
zwischen übereinstimmende Anträge eingebracht, wonach der
Ausschuh von der Reichsregierung die Außerkraft-
setzung der Notverordnung über die Ein-
setzung des Reichskommissars in Preußen
und über die Verhängung des Ausnahmezustands für Berlin
und Brandenburg verlangt. Sozialdemokraten und Zentrum
fordern darüber hinaus die Aufhebung der beiden Notver-
ordnungen gegen politische Ausschreitungen, und die Sozial-
demokraten auch die Aufhebung der Notverordnungen über
die Arbeitslosenhilfe und Rechtspflege. Ein Antrag der
Bayerischen Volkspartei verlangt die Aufhebung der zweiten
politischen Notverordnung, die das Uniformverbot
aufgehoben hat. Auch die Kommunisten hatten Zurücklegung

des Reichskommissars für Preußen, Aufhebung des Belage-
rungsstandes und des Demonstrationsverbots und weitere
Magnaen beantragt. Ferner lag dem Ausschuh ein Zen-
trumsantrag vor, der die Reichsregierung ersucht, angeht
der zunehmenden Verrohung und Verwilderung des poli-
tischen Kampfes die Wahlfreiheit unbedingt zu
sichern. Um das zu erreichen, wird die Reichsregierung
aufgefordert, ein allgemeines Verbot für Parteiuniformen
zu erlassen, eventuell für den Wahltag selbst und den Tag
vor dem Wahltag.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung verlas Reichstagsprä-
sident Löbe einen Brief des Staatssekretärs
Dr. Brand. Darin wird mitgeteilt, die Reichsregierung
sei bereit, sich an den Beratungen des Ausschusses zu betei-
ligen, soweit der Gegenstand der Beratungen sich im Rahmen
der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Ausschusses halte.
Der Staatssekretär macht auf die Reise der Minister
zur Stuttgarter Konferenz aufmerksam, bittet
aber um Zuleitung der Ausschuhträge und um rechtzeitige
Einladung der Reichsminister zu der nächsten Sitzung des
Ausschusses. Reichstagspräsident Löbe fügte hinzu, aus
diesem Schreiben gehe hervor, daß auch die Regierung
das Recht des Ausschusses, zu beraten und Beschlüsse zu fassen,
und die Rechtmäßigkeit seiner Einberufung
nicht anzweifelte. Da die Sozialdemokraten und Kom-
munisten die Befürchtung äußerten, daß durch diesen Brief
nur die Ausschuhberatungen verzögert werden sollten, trat
auf Vorschlag des Zentrums noch einmal eine Pause ein, um
den fraktionellen Gelegenheiten zur Stellungnahme zu geben.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde einstimmig,
allerdings in Abwesenheit des Abgeordneten v. Lindener-
Wildau, ein Antrag des Vorsitzenden Dr. Högnert ange-
nommen, wonach der Ausschuh es ablehnt, daß die
Reichsregierung ihr Erscheinen von Be-
dingungs abhängig macht. Von Seiten des Zen-
trums wurde noch erklärt, der Antrag auf Aufhebung von
Notverordnungen stelle nur eine Aufforderung an die Reichs-
regierung dar. Die Sozialdemokraten hielten jedoch an
ihrer Auffassung fest, daß die Regierung sich mit der Ver-
fassung in Widerspruch setze, wenn sie dem Verlangen des
Ausschusses, eine Notverordnung aufzuheben, nicht nach-
komme. Der jede Bedingung ablehnende Beschluß des Aus-
schusses und der Termin der nächsten Sitzung, nämlich Don-
nerstagmittag 14 Uhr, wurden nunmehr dem Reichskanzler
mitgeteilt, der telephonisch für die neue Sitzung sein
Erscheinen zusagen ließ.

Dr. Bracht über seine Aufgabe.

Die Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit.

Auf überparteilicher Grundlage.

Berlin, 22. Juli. In seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter des Reichskommissars für Preußen hielt heute Dr. Bracht im Rundfunk eine Rede in der es u. a. heißt: Es lag nicht in der Absicht der Reichsregierung, mit der Amtsenthebung des Ministerpräsidenten und des Innenministers in Preußen den militärischen Ausnahmezustand zu verbinden. Erst die Erklärung des Herrn Staatsministers Severing, sich der Beordnung des Herrn Reichspräsidenten nicht fügen und nur der Gewalt weichen zu wollen, machte einen beschränkten Einsatz der Machtmittel des Reichs notwendig. Dieser Einsatz ist örtlich auf die Reichshauptstadt und ihre nähere Umgebung und sachlich auf die Maßnahmen beschränkt worden, die zur Sicherung der ordnungsmäßigen Übernahme der Amtsgeschäfte erforderlich sind.

Wer in der Reichshauptstadt den Verlauf der Ereignisse der letzten drei Tage betrachtet hat, konnte sich von der völligen Ruhe und Reibungslosigkeit, mit der die erforderlichen Übergangsmassnahmen abgewickelt wurden, überzeugen.

Ich möchte in aller Öffentlichkeit dem Inhaber der vollziehenden Gewalt, dem Befehlshaber im Wehrkreis 3, und allen beteiligten Soldaten und Beamten für die Festigkeit und sichere Zurückhaltung danken, mit der sie ihre Aufgabe gelöst haben. Dieses Ausreten hat wesentlich dazu beigetragen, die Staatsautorität in Preußen zu stärken und die Behauptungen zu widerlegen, daß es sich bei den Maßnahmen um eine von willkürlichen politischen Gesichtspunkten bestimmte Aktion des Reichs gegen das Land Preußen handele. Deshalb habe ich auch Wert darauf gelegt, den bekannten Erklärungen, nur der Gewalt weichen zu wollen, in einer Form zu begegnen, die der persönlichen Würde der einzelnen Amtsinhaber entsprach.

Die Aufgabe, die mir der Reichslangler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar gestellt hat, hat mit irgendwelchen parteipolitischen Manövern nichts zu tun. Sie steht mir ganz einfach das Ziel, die Staatsautorität und die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Preußen auf überparteilicher Grundlage wiederherzustellen.

Deshalb hatte sich der Reichskommissar darauf beschränkt, die Amtsenthebung des Ministerpräsidenten und Innenministers anzuordnen, die übrigen Minister aber auf ihren Posten zu belassen. Erst die Weigerung der Minister, den mit den Funktionen des preussischen Ministerpräsidenten ausgestatteten Reichskommissar anzuerkennen, hat eine weitergehende Änderung der Regierungsverhältnisse in Preußen erforderlich gemacht. Die Übergabe der Ministergeschäfte an die mit der kommissarischen Leitung der Ministerien beauftragten Herren, ist im Laufe des heutigen Tags abgeschlossen worden.

Somit ist eine geordnete Führung der laufenden Geschäfte im Lande Preußen nunmehr sichergestellt.

Das jetzt aus dem kommissarischen Leiter der einzelnen Ressorts bestehende preussische Staatsministerium hat das freie und selbständige Land Preußen zu verwalten. Es ist deshalb nicht richtig, wenn behauptet wird, durch die Beordnung des Herrn Reichspräsidenten sei die Selbständigkeit Preußens im Rahmen der Reichsverfassung verletzt. Die staatsrechtliche Stellung Preußens ist durch die Maßnahmen unberührt geblieben. Ich möchte gegenüber der Verwirrung, die die politische Agitation in dieser Frage anrichtet, einmal ganz deutlich feststellen, daß es nicht angeht, die Selbständigkeit eines Landes unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, wie weit die Landesregierung die Möglichkeit besitzt, die Reichsregierung parteipolitisch zu bekämpfen.

Ich habe jedenfalls die feste Absicht, die Zeit und Kraft, die wir mit der Ausschaltung jener unruhigbaren politischen Differenzen zwischen Reich und Preußen sparen, in vollem Umfange der staatspolitischen Arbeit in Preußen zu widmen.

Die Autorität des Staates ist nur gesichert, wenn der Staatsbürger die Überzeugung haben darf, daß allein nach staatspolitischen Gesichtspunkten regiert wird, wenn er anerkennen kann, daß es das vornehmste Streben aller Funktionäre des Staates ist, gerecht zu sein! Gleichgültig, welcher politischen Anschauung der einzelne ist, gleichgültig, aus welchen Gesichtspunkten er mit der Führung von Staatsgeschäften beauftragt worden ist — wer den Staat zu vertreten hat, übernimmt stets die Pflicht, gerecht zu sein! Die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen hat diesen Grundsatz nicht mehr an allen Stellen klar zum Ausdruck kommen lassen.

Je mehr sich der Kampf um die politische Führung in Deutschland zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen zuspitzte, desto mehr fanden in den preussischen Staatsapparat Tendenzen Eingang, die die Ausübung der Staatshoheit zur Bekämpfung des parteipolitischen Gegners zum Ziele hatten. Damit wurde die Staatsautorität an ihrer empfindlichsten Stelle, dem Vertrauen des Volkes auf Gerechtigkeit getroffen.

Die neue preussische Staatsregierung hat aus diesem Grunde als erste ihrer Maßnahmen eine Reihe personeller Veränderungen verfügen müssen. In den Teilen des Landes, in denen das Gefühl, gerecht regiert zu werden, bei überwiegenden Teilen des Volkes nicht mehr bestand, mußte schleunigst die Staatsautorität durch die Entfernung von Persönlichkeiten, die sich der Objektivität ihrer Beschlüsse nicht immer fähig gezeigt haben, wiederhergestellt werden. Die Staatsregierung wird sich auch in Zukunft bei Betrauung von Persönlichkeiten mit öffentlichen Ämtern nicht nach der Parteizugehörigkeit, sondern lediglich nach der sachlichen Eignung und Objektivität des Amtsträgers richten. Wenn das Vertrauen in den Gerechtigkeitssinn aller Funktionäre des Staates wiederhergestellt ist, dann bin ich überzeugt, daß auch der Austrag der parteipolitischen Gegensätze unter dem Schutz einer harten Staatsautorität wieder in normale Bahnen gelenkt werden kann.

Es genügt nicht, wenn die Staatsgewalt gegen Störungen erst eingeleitet wird, wenn sie erfolgt sind. Es genügt nicht, die kommunistischen Terrorgruppen zu bekämpfen, wenn sie Feuerüberfälle auf demonstrierende Massen eingelegt haben, sondern derartige Verbrechen müssen, bevor sie zur politischen Auswirkung kommen, unterdrückt

werden. Ich betrachte es nicht als Ziel einer Staatsregierung, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, in dem weitgehend die politische Betätigung eingeschränkt wird, weil befürchtet werden muß, daß sich im politischen Kampf Gewalttaten ereignen können.

Es muß vielmehr das Ziel, denen, die Gewalt in den politischen Kampf hineingetragen, so rechtzeitig das Handwerk zu legen, daß die Betätigung der politischen Meinungsfreiheit ungehindert erfolgen kann.

Es geht nicht an, daß die friedlichen Teile der Bevölkerung auf die Dauer von Staats wegen in der Ausübung ihrer politischen Rechte behindert werden müssen.

Weil der Staat sich nicht dazu entschließen kann, gegen diejenigen, die kein Interesse am friedlichen Verlauf der politischen Auseinandersetzungen haben, mit aller Schärfe einzuschreiten. Ich werde deshalb meine Maßnahmen, die auf diesem Gebiet zu treffen sind, nicht auf Eingriffe beschränken, die erst wirksam werden, nachdem die Pistolen losgegangen sind, sondern

ich werde systematisch dafür sorgen, daß die Waffen aus der Bevölkerung verschwinden.

Mit dieser Absicht stimmt auch mein fester Entschluß überein, alle Maßnahmen zu einer geordneten Abwicklung des Wahlkampfes und der Wahl selbst zu treffen.

Das Vorgehen der Reichsregierung und der mir erteilte Auftrag haben nicht das Geringste mit einer Absicht der Wahlbehinderung zu tun. Im Gegenteil: Es ist meine erste und wichtigste Aufgabe, eine Terrorisierung des Wahlkampfes zu verhindern.

Zum Schluß möchte ich in aller Offenheit meinem sehnlichen Wunsch Ausdruck geben, daß es auch in Preußen gelingt, bald geordnete parlamentarische Verhältnisse herzustellen und die kommissarische Verwaltung des Landes zu erledigen durch eine vom Landtag gewählte Regierung.

Lassen Sie mich meine Ausführungen mit dem Dank an die Bevölkerung schließen für die Disziplin, die sie in den ersten Tagen des Überganges der preussischen Staatsmacht auf den Reichskommissar gewährt hat und mit der Aufforderung diese Disziplin und Besonnenheit auch weiter zu zeigen. Dann wird bald in Preußen wieder Ordnung sein!

Bestrebungen auf illegale Wiedereinsetzung Heimannsbergs.

Heimannsberg aus der Haft entlassen. — Major Entle wird strafrechtlich verfolgt.

Berlin, 22. Juli. Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und Provinz Brandenburg teilt mit:

Aus Kreisen der Schutzpolizei war dem Militärbefehlshaber am 21. Juli 1932 dienstlich gemeldet worden, daß der Polizeimajor Entle im Einvernehmen mit Polizeikommandeur Heimannsberg und Herrn Carlberg die Wiedereinsetzung des Polizeikommandeurs Heimannsberg in sein bisheriges Amt auf gewaltsamem Wege betriebe.

Auf Grund dieser Anzeige wurden die drei Genannten am frühen Morgen des 22. Juli in Schutzhaft genommen. Die Untersuchung, die sich über den 22. Juli hingezogen hat, hat ergeben:

Die Ermittlungen gegen den Polizeimajor Entle geben Anlaß zur Einleitung einer strafrechtlichen Verfolgung. Er verbleibt in Schutzhaft. Dem Polizeikommandeur Heimannsberg konnte die Teilnahme an den Bestrebungen des Polizeimajors Entle nicht nachgewiesen werden. Polizeikommandeur Heimannsberg hat betont, daß er solche Bestrebungen unter allen Umständen ablehnen würde.

Der gegen Herrn Carlberg bestehende Verdacht hat sich nicht ausreichend bestätigt. Die beiden Letzgenannten wurden aus der Schutzhaft entlassen.

Urlaubssperre für die Berliner Polizei.

Die Beamten in Urlaub werden zurückgerufen.

Berlin, 22. Juli. Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und Provinz Brandenburg, Generalleutnant v. Rundstedt, hat heute nachmittag den Berliner Polizeipräsidenten angewiesen, für die Berliner Schutzpolizei sofort die Urlaubssperre zu verhängen. Die Beamten, die sich unterwegs befinden, werden sofort telegraphisch zurückgerufen werden. Vorliegende Urlaubsgehefte werden vorläufig nicht berücksichtigt. Die Sperre erstreckt sich auf die Beamten aller Grade. Auch die von der Schutzpolizei jährlich veranstalteten Gesellschaftsreisen, die zurzeit gerade unterwegs sind, werden von der Sperre betroffen und ebenfalls zurückgerufen werden.

Zwei Führer der Eisernen Front verhaftet.

Wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Berlin, 22. Juli. Der Militärbefehlshaber von Groß-Berlin und Provinz Brandenburg hat am 22. Juli 1932 gegen die Reichsbannerführer Major a. D. Anter und Robert Breuer Schutzhaftbefehl erlassen. Die beiden Genannten sind, wie sich aus einem Artikel der „Berliner Börsenzeitung“ vom 21. Juli 1932 und einer Vernehmung des Berichterstatters der genannten Zeitung ergeben hat, dringend verdächtig, in einer Versammlung der Eisernen Front am 20. Juli 1932 die Reichsregierung und die Träger der vollziehenden Gewalt beschimpft und die Eisernen Front zur Illegalität aufgefordert zu haben. Dadurch haben sie die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet. Gegen die Genannten wird wegen Zuwiderhandlungen gegen die Verordnungen des Reichs und des Militärbefehlshabers vom 20. Juli 1932 bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet.

Oberpräsident Haas protestiert.

Ein Telegramm an den Reichslangler.

Kassel, 22. Juli. Der bisherige Oberpräsident der Provinz Hessen-Kassel, Haas, hat in einem Telegramm an den Reichslangler gegen seine einstweilige Verlegung in den Ruhestand Protest eingelegt. Die Amtsgeschäfte hat Oberpräsident Haas an seinen Stellvertreter, Regierungsrat Florjäh, übergeben.

vollzog, ebenfalls in Zusammenhang steht mit der veränderten weltpolitischen Gesamtsituation. Grandi hat sich in Lausanne allerdings große Mühe gegeben, die völlige Streichung der Reparationen zu erlangen. Das geschah nicht um der schönen deutschen Augen willen, sondern es geschah, weil Italien in diesem Falle hätte hoffen können, ebenfalls seine gesamten Kriegsschulden erlassen zu bekommen. Dieses Ziel hat Grandi nicht erreichen können und er hat weiterhin auch eine Ausschaltung Italiens bei dem Abschluß des Vertrauensabkommens nicht verhindern können, wenn auch selbstverständlich Italien wie jeder anderen Macht der Beistritt zu diesem Abkommen offen steht. Allerdings war ja der Rücktritt Grandis schon vor längerer Zeit angekündigt worden, es ist aber doch charakteristisch, daß man diesen Wechsel nunmehr unmittelbar nach Lausanne vollzog. Wenn jetzt Mussolini wieder selbst das Außenministerium übernimmt, so bedeutet das sicherlich keinen Kurswechsel in der Außenpolitik Italiens, wenigstens auch in Einzelheiten hier und da einmal anders entschieden werden mag. Sicher ist auch, daß der Duce den Wechsel in den verschiedenen Ministerien für notwendig hielt angesichts der Tatsache, daß Italien vor seinem letzten Winter steht. Auch in Italien ist die Entlastung des Arbeitsmarktes nur gering gewesen und die Million Arbeitsloser lastet als schwere Sorge auf der Regierung. Die neuen Männer übernehmen also keine leichte Aufgabe.

Wirtschaftsorgen in aller Welt.

Sie haben nur den einen Trost, daß es in der ganzen Welt nicht besser aussieht. Die letzte englische Arbeitslosenliste zeigt, daß auch die Schutzhülle für die englische Industrie keine Belebung gebracht haben. Tatsächlich stieg ja trotz der sonst um diese Jahreszeit üblichen saisonmäßigen Entlastung des Arbeitsmarktes die Zahl der Arbeitslosen. Kein Wunder, daß man bereits von der Notwendigkeit spricht, dem Parlament im Herbst einen Nachtragshaushalt vorzulegen, da auch in England die Unterstützung der Arbeitslosen größere Mittel beanspruchen wird, als ursprünglich vorgesehen war.

Nicht viel anders geht es den Franzosen. Die Regierung Herriot hat allerdings ihre Finanzvorlage glatt unter Dach und Fach gebracht. Ja, die Sozialisten, die sich in der Frage der Reservistenübungen von Herriot getrennt hatten, haben schließlich wieder für die Regierung gestimmt, jedoch die Einkommensminderung wiederhergestellt war. Sie hatten offenbar kein Interesse daran, Herriot einer Rechtsmehrheit auszuliefern. Aber auch hier taucht die Frage auf, wie lange die Freundschaft dauern wird. Man ist allgemein der Ansicht, daß die jetzige Finanzvorlage nicht ausreicht, um auf die Dauer den Etat zu balancieren und man erwartet deshalb für den Herbst neue finanzpolitische Auseinandersetzungen.

Selbst in Amerika liegen die Verhältnisse nicht besser. Wir wissen es ja längst, daß es — allerdings mit gewissen Einschränkungen — den Amerikanern heute nicht viel anders geht, als unsern alten Kontinent. Hätte es noch eines Beweises dafür bedurft, so würde ihn ein Bericht über die jetzt beendete Sitzungsperiode des Parlaments bringen, in welchem die Lage zusammenfassend dargestellt wird: „Erhöhte Steuern, gekürzte Gehälter, stark zusammengegriffene Budgets auf der einen Seite und gewaltige Ausgaben für die Reconstruction Finance Corporation zur Stützung gefährdeter Großunternehmen und Gewährung von Anleihen an Einzelstaaten zur Speisung der Arbeitslosen andererseits, das waren die Hauptergebnisse dieser längsten Tagung des Bundeskongresses in den letzten 10 Jahren.“

Eine Besprechung über den Freiwilligen Arbeitsdienst.

Die Durchführungsbestimmungen.

Berlin, 22. Juli. Nachdem der Reichsarbeitsminister die Präsidenten der Landesarbeitsämter zu Bezirkskommissaren für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt hat, wurden diese vom Reichskommissar am 21. d. M. zu einer ersten Dienstreise nach Berlin zusammenberufen. Die Besprechung diente zunächst der Feststellung des jetzigen Standes der Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst und dem Austausch der bisher gemachten Erfahrungen. Die Vorbereitungen für die weiteren Maßnahmen sind so getroffen, daß sofort nach dem Inkrafttreten der Durchführungsbestimmungen, deren Erlaß in den nächsten Tagen zu erwarten ist, der Ausbau in Angriff genommen werden kann.

Die verwaltungsmäßige Durchführung soll so sparsam wie möglich erfolgen, um alle Mittel restlos den Arbeitsdienstwilligen zugute kommen zu lassen. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung stellt ihre Einrichtungen unentgeltlich zur Verfügung. Die beratende Mitwirkung der Verbände soll im Dienste der Sache ehrenamtlich erfolgen. Die technische Durchführung wird wesentlich in den Händen der öffentlichen Körperschaften sowie der sonstigen Träger der Arbeit liegen, denen die Maßnahmen zugute kommen; der Reichskommissar selbst wird nicht als Bauherr in Erscheinung treten. Er hat daher zunächst auch für die bereits zahlreich einlaufenden Angebote von Persönlichkeiten, die ihre Mitwirkung in der Verwaltung oder in der technischen Durchführung zur Verfügung stellen wollen, keine Verwendungsmöglichkeit.

Das Urteil im Roosen-Prozess.

10 Monate Gefängnis.

Berlin, 22. Juli. Nach mehrwöchiger Verhandlung verurteilte das Schöffengericht Berlin-Mitte, heute nachmittag den Rechtsanwalt Dr. Max Roosen wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und Vergehens gegen das Schußwaffengesetz zu 10 Monaten Gefängnis, den Nationalökonom Werner Kersting zu 9 Monaten und zwei Wochen Gefängnis. Auf die Strafe werden drei Monate und neun Tage der Untersuchungshaft angerechnet.

Die Verurteilten hatten am 9. April abends auf dem Potsdamer Bahnhof einen Anschlag auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther verübt und ihn durch einen Schuß am Oberarm verletzt. Die Tat erklärten sie damit, daß sie ihre Währungsreform durch die Gerichtsverhandlung an die Öffentlichkeit bringen wollten. In der Verhandlung selbst ist über ihre Theorie aber nicht gesprochen worden, der Zweck ihres Vorgehens also nicht erreicht worden.

Wiesbadener Lichtspiele.

Walhalla-Theater. „Das Ende von Maradu“, ein stilles Erlebnis in den Urwäldern Borneos, ist echt amerikanisch in seinen Vorzügen und seinen Schwächen. Vorzüge sind die fabelhaften Aufnahmen aus der schwülen Welt der Tropen. Die Schwächen liegen in der sensationell und mit Einfaltfäkierung des Kerosinbrenners für amerikanisch-primitiven Naturen robust konstruierten Handlung. Eine weiße Frau muß eine gefährliche Reise durch das Dschungel machen, um sich mit dem von ihr getrennt lebenden Gatten wieder zu vereinen. Sie gerät an den mitten im Urwald versteckten Hof eines Fürsten, der zwar in Europa studiert hat, in dessen Seele aber noch die altasiatischen Instinkte lebendig sind. So läßt er zum Beispiel einen seiner Untertanen den Krokodilen hinwerfen, um dem weiblichen Gast aus Amerika eine nette Zerstreung zu bereiten, wobei er selbst mit der Miene eines gewiegten Sportmannes dem blutigen Vorgang durch ein nach modernsten Mustern konstruiertes Opernglas zuschaut. Er liebt natürlich die weiße Dame, wird aber von der Tugendhaften niedergelassen. Den deus ex machina spielt ein feuerpeiender Berg, der alle dramatischen Verwicklungen dieses Films unter seinen Lawenmassen begräbt. Wer kümmert sich um den konventionellen Inhalt? Die Bilder sind von überwältigender Schönheit, obwohl auch hier zuviel Sensation ist. Kriechende Leiber von Riesenschlangen, fauchende Tiger, geöffnete Krokodilsrachen, das ist das mindeste, was man von einem amerikanischen Film verlangen kann. Aber wer vermöchte sich der Urwaldpoesie verschließen, die hier geschildert wird? Wer hätte das unentwirrbare Geshling der Bucherplantagen vergessen, den eindüsteren Gesang der Ruderer, die tausendfachen wilden und klagenden Stimmen der Tropennacht? Die Fahrt durch das Dschungel bedeutet einen Höhepunkt künstlerischer Kunst. Dazu kommt die unheimliche, beklemmende Stimmung an dem asiatischen Fürstentum, das Dröhnen der Trommeln, das Heulen der Gongs. Hier erweist sich der Regisseur Georg Melford als Meister. In den Hauptrollen sind Rose Hobart, Charles Bickford, Georg Renabent und Lupita Tovar beschäftigt. — Zwischen den Filmen tritt die ausgezeichnete deutsche Violinkistin Hilda Rings auf, die durch den virtuosen und temperamentvollen Vortrag unzähliger Weisen erfreut.

Ufa-Palast. Zu den vielen Verwechslungskomödien, die bereits gibt, ist eine neue gekommen: Der unbekannte Herr Leopold Gruber, Gemischtwaren er groß und in detail in irgend einem Krämerwinkel, hat von seiner in Berlin verheirateten Tochter eine Postkarte mit der Aufsicht einer herrlichen Villa erhalten. Darüber steht geschrieben: „Hier wohnen wir“. Nämlich sie als Dienstmädchen und er als Chauffeur der Herrschaft. Herr Leopold Gruber zieht aus der Ansichtskarte den vorsichtigen Schluss, seine Tochter sei reich verheiratet und lebe als vornehme Dame in belagter Villa. Er reist deshalb nach Berlin und stellt sich dort als der „Vater der gnädigen Frau“ vor. Trotz seines nicht ganz schlüssigen Äußeren und seines verbeulten Jolinders wird er von dem Personal ehrsüchtig als der „Herr Kommerzienrat“ begrüßt, und es folgt nun natürlich ein ganzer Kettenhahn von Verwicklungen und Verwechslungen. Eine Freundin des reichen Hausherrn tut das Menschenmögliche, um die allgemeine Konfusion auf die Spitze zu treiben, bis es Eintreffen der richtigen Willenbesitzer die Lösung bringt. Die Regie von E. W. Emo hat den Film mit liebenswürdiger Kleinmalerei ausgestattet. In der Hauptrolle tritt die alte Sza Kali auf, der das ganze Interesse des Zuschauers an sich zieht. Er ist der Typ eines Provinzenträgers und gleichzeitig eines rührend tapferen Unglücksstrahlen, der irgend recht hinopfert, weder in die feudale Abendgesellschaft seines vermeintlichen Schwagers, noch in die Berliner Bar, wo er gründlich geneppt wird, noch auch in die Fänge der Kriminalpolizei, und sein Glück macht er lediglich durch in falschen Glanz seiner Finanzgröße. Erkennlich bleibt, daß man ihn überhaupt für einen Kommerzienrat hält, obwohl sein ganzes Gepäck aus einer Hutkachel besteht, in der er neben seinem Jolinder ein Nachthemd und ein paar Pantoffeln verstaut hat. Er besitzt außerdem noch einen unvermeidlichen Strohhut. Wenn er ihn lüftet oder nergisch auf die seit Jahren nicht geschnittenen Locken knallt, wird man an die Funktionen erinnert, die Chaplins berühmtes Melonenhütchen zu erfüllen hat. Große Sza Kali ist ergötlich, wie er geht und steht, wie er isst und trinkt, wie er sich ins Bett legt. Dabei spielt er nicht Posse, sondern ein Humor strömt aus seinem goldenen Herzen. Die Tochter Frieda wird von Lucie Englisch mit sehr viel Charme verkörpert. Eine hohlelegante „Freundin“ mit langgezogener Körperlinie ist Hilde Hildebrand. Oskar Sima als Diener Jean sieht genau so aus und benimmt sich so, wie er heißt. Eine ganz köstliche Leistung bietet Senta Sönerand in der Rolle der ältlichen Wirtschafterin, der es gelingt, Herrn Leopold Gruber nach vielen Schwierigkeiten unter den Klängen des Brautmarsches aus dem Vohengrin um Traualtar zu schleifen. Der Film gehört zu den lustigsten, die wir seit langer Zeit sahen.

Das 11. Deutsche Sängerbundesfest in Frankfurt a. M. 1932

Die Volksdeutsche Weibeskunde in der Festhalle. Der Festzug findet statt.

— Frankfurt a. M., 22. Juli. Im Rahmen des 11. Deutschen Sängerbundesfestes fand heute in der dichtbesetzten Festhalle eine „Volksdeutsche Weibeskunde“ statt, in der u. a. auch Reichsinnenminister Freiherr v. Gans eine kurze Rede hielt. Nach einer Begrüßungsansprache des stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Sängerbundes, Rektor Georg Brauner-Berlin, dessen Gruß namentlich den aus dem Auslande erschienenen deutschen Sangesbrüdern und den Rednern des Tages galt, ergriff Reichsinnenminister Freiherr v. Gans das Wort. Er überbrachte die Grüße des Herrn Reichspräsidenten für die in Frankfurt a. M. versammelten Sänger namentlich für die aus dem Auslande herbeigekommenen Deutschen, die damit ihre unverbrüchliche Anhänglichkeit an die alte Heimat unter Beweis stellen wollten. Der Minister betonte weiter, daß er auch der Überbringer einer guten Botschaft sei, da er nämlich die Mitteilung machen könne, daß mit Rücksicht auf die hohe kulturelle Bedeutung des deutschen Liedes und den friedlichen und künstlerischen Charakter des 11. Deutschen Sängerbundes ab Sonntag, den 24. Juli die Notverordnung betreffend das Demonstrationsverbot insoweit aufgehoben werde, als es sich um Umzüge künstlerischen und ähnlichen Charakters handelt.

Danach bestanden also keine Hindernisse mehr für die Durchführung des großen Sängerbundesfestes am Sonntag, nachmittag.

(Diese Mitteilung sollte großen Beifall bei den Zehntausenden, die die weite Halle füllten, aus.)

Für das Deutschtum in Übersee hielt dann Dr. Gotthard F. Seyffarth-Brooklyn eine Ansprache, in der er hervorhob: Wenn wir auch unter ver-

schiedenen Regierungen leben und nungleich unser tägliches Leben als Resultat der fremdländischen Umgebung und der Lebensgebräuche dieser Nationalitäten auch in vielen Beziehungen grundverschieden ist, so macht sich dennoch ein Gefühl überall gleich bemerkbar: Die Liebe zu der Heimat unserer Väter und zum deutschen Volke! Wo immer sich einige Deutsche oder selbst deren Kinder zusammenfinden, da finden sie die alten trauten Weisen. Die deutsch-amerikanischen Sängervereine haben unter der Kriegshege mit am schwersten gelitten, weil ihre Weisenart offenes und lautes Befennen zur deutschen Muttersprache und zum deutschen Lied bedingen muß.

Für die deutschen Volksgruppen in Europa

außerhalb der deutschen Sprachen ergriff darauf Eugen Raumann-Posen das Wort. Er führte aus: Wir sind gekommen, um Seite an Seite mit unseren staatlich geeinten Brüdern aus dem Reiche und auch Österreich, und mit denen von Übersee im Zeichen des deutschen Liedes Zeugnis abzulegen für die Einheit unseres Volkes. Dankbar haben wir es begrüßt, daß auch wir nach Frankfurt gerufen worden sind.

Für das Volk der deutschen Staaten

sprach dann zum Schluß Reichsminister a. D. Dr. Gessler: Er führte u. a. aus: Wenn ich heute als Sprecher der Deutschen in den drei deutschen Staaten Mitteleuropas vor ihnen stehe, so geschieht dies nicht nur, um in einer Stunde der Hochstimmung einem Gefühl Ausdruck zu verleihen, das heute erfreulicherweise eine Selbstverständlichkeit ist, wenn Deutsche aus verschiedenen Staaten zusammenkommen. Der Deutsche aus dem Auslande wird heute durchweg als Volksgenosse angesehen. Immer selbstverständlicher wird die Pflicht empfunden, sich um das Auslandsdeutschtum zu kümmern und dort helfend einzuspringen, wo die Not und die Gefahr der Entnationalisierung besonders groß sind. Schon der Weltkrieg hat diesen Gefühnswandel eingeleitet. Wir Deutsche aus dem Reiche und aus Österreich, aus den Grenzgebieten des deutschen Volksbodens, aus den rings in Europa umrandeten Inseln deutscher Sprache und deutscher Lebensgestaltung bekennen uns in dieser Stunde mit voller Entschlossenheit zu unserem Schicksal und unserer Aufgabe. Wir erheben unsere Hände und geloben: In deutscher Not und Wertgemeinschaft drinnen und draußen wollen wir den Sinn der Geschichte, die große Aufgabe der Gegenwart, erfüllen als treue Diener am Werke der deutschen Zukunft. — Die erhebende Feier wurde umrahmt von gefanglichen und musikalischen Vorträgen.

Selbstmord wegen eines verlorenen Prozesses.

— Walldorf (Hessen), 22. Juli. Der Privatier Viktor Kappeler aus Walldorf führte mit der Heag in Darmstadt einen Prozeß um einen elektrischen Leistungsmast, den die Heag in seinem Garten aufgestellt hatte. Kappeler verlangte die Entfernung des Mastes. Gestern nun erhielt er den Beschluß des Amtsgerichts Groß-Gerau zugestellt, der seine Klage zurückwies. Kappeler erregte sich darüber so sehr, daß er heute vormittag versuchte, den Mast mit einem Beil umzuschlagen. Als die Bürgermeisterei ihn von seinem Vorhaben abzubringen versuchte, unterbrach er seine Arbeit und setzte sich auf die Treppe eines Nachbarhauses. Als ein Polizeidiener kurz darauf noch einmal nach dem Rechten sehen wollte, zog Kappeler plötzlich einen Revolver und erschoss sich. Die Kugel traf ihn mitten ins Herz, sodaß er sofort tot war.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Selbstmordversuch auf der Kaiserbrücke.

— Mainz, 22. Juli. Die Reichsbahndirektion Mainz teilt mit: Heute mittag warf sich die etwa 50 Jahre alte Frau Anna Zäuner aus Mainz auf der Kaiserbrücke von einem Triebwagen und wurde überfahren. Der linke Fuß wurde ihr abgetrennt, außerdem befand sich am Oberkörper blutende Verletzungen. Die Frau, die anscheinend tiefinnig ist, wurde ins hiesige Städtische Krankenhaus übergeführt.

Falschgeld und Taschendiebstähle beim Sängerbund.

— Frankfurt a. M., 22. Juli. Am Donnerstag sind auf dem Festhallengelände verschiedene falsche 5-Mark-Stücke angehalten und beschlagnahmt worden. Die Verbreiter des Falschgeldes hatten die falschen 5-Mark-Stücke

bei Verkaufsständen in Zahlung gegeben. Einem Kaufmann, welcher an der Kasse des Festhallengeländes Eintrittskarten gelöst hatte, wurde aus der Hosentasche seine Brieftasche mit etwa 1200 Mark Inhalt gestohlen. Bei der am Donnerstag im Römer stattgefundenen Sängerbundgebung wurde einem Herrn im Gedränge eine goldene Uhr mit goldener Kette gestohlen. Der Wert der Uhr wird mit 320 Mark angegeben.

Schwerer Autounfall bei Rüdesheim.

— Rüdesheim, 22. Juli. Gestern nachmittag ereignete sich auf der Straße nach dem Niederwald an der Kurve Kreuzberg-Engerweg ein schwerer Autounfall. Die Führerin eines Personenwagens aus Lampertheim verlor an der abschüssigen Stelle die Herrschaft über den Wagen. Bei dem plötzlichen Herumwerfen des Wagens überschlug sich dieser, stürzte in den zwei Meter tiefen Straßengraben und begrub die Führerin und weitere vier Insassen unter sich. Die Ehefrau Katharina Jemel aus Lampertheim erlitt einen komplizierten Ober- und Unterarmbruch und schwere innere Verletzungen. Die Führerin des Wagens und die drei anderen Insassen erlitten mehr oder weniger schwere Schnittwunden und Quetschungen. Alle fünf Verunglückten wurden in das Rüdesheimer Krankenhaus übergeführt.

Kassauische Landwirte besuchen das Hunsrück- und Moselgebiet.

— m. Bom Hunsrück, 22. Juli. Der 18. Landwirtschaftliche Bezirksverein nass. Land- und Forstwirte machte im Rahmen seiner diesjährigen Sommerveranstaltung einen Lehrausflug durch das Mosel-, Hunsrück- und Eifelgebiet. Im Kraftwagen führten die Teilnehmer bis Bacharach. Hier wurde das Rheingebiet verlassen, um durch das Steeger Tal den Hunsrück zu erreichen. Über Rheinböllen ging es nach Simmern. In Ohlweiler wurden zwei bäuerliche, gut geleitete Hunsrückbetriebe, sowie die dortige Genossenschaftsmolkerei besichtigt, die täglich 5000—6000 Liter Milch bearbeitet. Die Reise führte weiter nach der Mosel, nach Berncastel mit seiner berühmten Weinbergschlage, zum Ziel des ersten Tages, nach Trier. Neben den geschichtlichen Sehenswürdigkeiten wurden hier der Provinzialanstalt für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft ein Besuch abgestattet, der gleichzeitig mit einer Moselweinprobe verbunden war. Am zweiten Tag ging es weiter durch herrliche Waldungen in die Eifel. Auf der Familienbesichtigung Crewe-Dierfeld gefiel besonders die Mustergeflügelzucht mit weißen Händdotters. Zahlreiche Sortenerfahrungen der DVG zu Getreide usw. wurden mit Interesse besichtigt. Die Fahrt ging weiter von Dierfeld zu den Eifelmaaren in das schöne Eifelstädtchen Daun. Nach einer Mittagspause führte der Weg in die Hohe Eifel mit ihren großen Wäldern, Obdland- und Grünlandflächen über Mayen nach Maria-Laach. Hier wurde die klösterliche Gutswirtschaft besichtigt, sowie zum Schluß noch eine dortige Pelztierzuchtfarm. Die Heimfahrt führte dann über Koblenz, durch die Kreise St. Goarshausen und Untertaunus.

Unwetter über Oppenheim.

— m. Oppenheim (Rh.), 22. Juli. Abermals zog ein schweres Unwetter über Oppenheim und die Umgebung. In den Abendstunden setzte ein wolkenbruchartiger Regen ein. Weinbergserdbe und sonstiges Geröll kam mit den großen Wassermassen in die Stadt geschwemmt. Die steilen Straßen glichen reißenden Sturzbächen, die den mitgeführten Schlamm in den tiefer gelegenen Stadtteilen ablagerten. Auch in Dienheim überschwemmte der plötzliche starke Regen die Hauptstraße. Die Leute mußten abdämmen, damit das Wasser nicht in die Hofstraßen eindrang. Ein großer Teil der Straße ist mit Schlamm und Geröll bedeckt, sodaß man heute noch den ganzen Tag damit beschäftigt war, die Straßen wieder von dem angeschwemmten Geröll zu befreien. Aufgerissene Wege und Straßen zeigen die Gewalt des Unwetters, das gütlicher Weise nicht in dem Ausmaße in Erscheinung trat, wie die Katastrophe vom 3. Juni d. J.

— Bad Schlangenbad, 22. Juli. Am Samstagnachmittag findet hier ein großes Schwimm- und Strandfest im Thermal-Schwimmbad statt, unter Mitwirkung des Schwimmvereins Wiesbaden 1911, verbunden mit Strand- und Herbstmodenschau. Da alle Vorbereitungen getroffen sind, steht ein wohlgeplanter Verlauf der Veranstaltung zu erwarten.

— Breithardt, 21. Juli. Pfarrer Rohr, der lange Jahre die hiesige Pfarrstelle innehatte, zu welcher auch noch die Gemeinde Stedenroth gehört, wird demnächst nach Wiesbaden-Sonnenberg versetzt.



Arbeitsdienstfreiwillige als Helfer im jüdischen Hochwassergebiete.

Die Arbeitsfreiwilligen entfernen aus einem Bach die angeschwemmten Steine und den Schlamm. Die Gegend von Baun wurde von einer Hochwasserkatastrophe heimgesucht. Arbeitsdienstfreiwillige des Jungdeutschen Ordens wurden sofort für Rettungs- und Rostanbsarbeiten eingesetzt.

Der Sport des Sonntags.

Auch deutsche Kraftsportler sind in Los Angeles.

In den letzten Wochen sind wiederholt die Chancen der deutschen Olympia-Mannschaft abgemessen worden. Dabei ist vielfach übersehen worden, daß Deutschland gerade von den entsetzten Kraftsportlern ein gutes Abschneiden erwarten darf. So haben die Kraftsportler im Jahre 1928 in Amsterdam drei 4. Siege und damals die deutschen Gewichtheben zurückgeführt, mit sieben Punkten hatten sie im Gesamtklassament aller Nationen der Erde den 1. Platz vor Frankreich belegt. Unsere deutschen Ringer erkämpften sich auf der olympischen Matte in Amsterdam — obwohl nicht vom Glück begünstigt — eine Goldmedaille, dazu zwei silberne und eine bronzene Medaille und, genau wie die Gewichtheben, im Gesamtklassament der Nationen mit acht Punkten den 1. Platz in der Welt vor den großen nordischen Ringkampfs Nationen Finnland und Schweden. Das waren die deutschen Kraftsportler 1928. Sie haben in erster Linie dazu beigetragen, daß Deutschland im Gesamtklassament aller Sportarten der Olympiade 1928 den 2. Platz hinter Amerika belegen konnte. Und wer vertritt diesmal den deutschen Kraftsport in Los Angeles? Unsere deutsche Kraftsportmannschaft ist klein, aber die neun Mann, die in Los Angeles für Deutschland an das Gewicht und auf die Matte gehen, werden es ihren Gegnern nicht leicht machen. Sie werden den für Deutschland erkämpften Ruf, das Land der starken Männer zu sein, zu wahren wissen.

Da ist im Gewichtheben zunächst Meister Strahberger, der sich 1919 in ununterbrochener Reihenfolge die deutsche Meisterschaft, 1929 die Europa-Meisterschaft und 1928 bei der Olympiade in Amsterdam die Goldmedaille als 1. Olympiasieger holte. Wenn er auch heute das ägyptische Wumbar Kasseir nicht mehr schlagen kann, einen ehrenvollen Platz wird er auch in Los Angeles belegen. Den populärsten Gewichtheben und den aussichtsreichsten Kraftsportler für die Olympiade haben wir in Rudi Ismann, dem Münchener Studenten der Rechte. Der 24 Jahre alte, blonde, deutsche Kraftsportmann sollte seine Gegner in Amerika hinter sich lassen und auch den Ägypter Kasseir und den starken Italiener Gallimberti schlagen können. Im Federgewicht hat Deutschland zwei Gewichtheben zur Verfügung, die unbedingt zur allerersten Weltklasse zählen: Wölper, den seit 1919 in ungeschlagenen Kämpfen erprobten starken Münchener, und Schäfer, Stuttgart, einen fabelhaften Techniker. Beide werden unter den Ersten ihrer Klasse zu finden sein.

Unsere fünf Ringer sind wohl die beste Vertretung, die wir je zu einem großen internationalen

Kampfe entsandt haben. Jeder dieser fünf Mann mühte sich in seiner Klasse mit an die Spitze. Die finnische und schwedische Konkurrenz ist in diesem Jahre im Ringen riesig stark, aber die fünf deutschen Ringer werden auch gegen die kompletten nordischen Mannschaften in Ehren bestehen. Brendel, der lächelnd kämpfende, kleine Nürnberger, wird dem ungeheuren Finnen Jastari und dem gerissenen Schweden Thuvesson ein ebenbürtiger Gegner und mit diesen unter den drei ersten zu finden sein. Der jüngste unserer Ringer-Expedition, sowohl an Jahren als auch an Erfahrung, ist der 20jährige Münchener Ehrlich; er sollte, wenn er nicht allzu sehr mit jedem einzelnen Gegner auf Gänge geht, nur gegen den Finnen Koskela gefährdet werden und unbedingt einen Platz belegen. Die größte Konkurrenz wird in Los Angeles das Ringen der Leichtgewichtsklasse sein. Ein Glück, daß wir gerade in dieser Gewichtsklasse unseren größten Ringer haben. Die nordischen Kanonen Reini-Finnland, Väli-Estland und Malmberg-Schweden werden es schwer haben, unseren Meister Sperling, der sich dreimal bei den Europameisterschaften, 1927 in Budapest, 1929 in Dortmund und 1931 in Prag geschlagen hat, gerade bei der Olympiade unterzukriegen. Trotz der riesigen Konkurrenz ist Sperling als Favorit der Leichtgewichtsklasse zu betrachten. Im Bantamgewicht ist Deutschland durch Järlbeck-Hamburg vertreten, der auch im Freistilringen teilnimmt. Der internationale, sehr erprobte Järlbeck sollte sich in einer der Konkurrenzen an die Spitze setzen können. Unserem vielfachen Schwergewichtsmeister Georg Gehring wird auf der Matte in Los Angeles vor allen Dingen der schwedische Ringerkönig Westergreen gegenüberstehen. Wenn unser Gehring, der dem schwedischen Ringerkönig körperlich und ringersich überlegen ist, mit dem alten Mattenfuchs Westergreen auf Gänge geht, kann der Ausgang dieses Kampfes nicht zweifelhaft sein. Schon beim letzten Länderkampf gegen Schweden hat sich der 33jährige Westergreen unserem zehn Jahre jüngeren Gehring beugen müssen.

Unsere Gewichtheben-Kriege ist zu klein, um eine komplette Abordnung „aus dem Morgenlande“, die starke ägyptische Expedition, schlagen zu können. Die übrigen Nationen, die in Los Angeles an die Hantel gehen, werden den vier deutschen Vertretern den Vorrang lassen müssen. Und wenn dann unsere deutsche Expedition nach der Olympiade aus Amerika zurück ist und es hat sich wieder — wie schon oft — gezeigt, daß unsere deutschen Schwerathleten in internationalen Kämpfen die meisten Erfolge erringen und die meisten Siege heimbringen, dann sollen auch sie nicht vergessen werden.

Fußball.

Vor dem Ende der Fußballferien.

Am 31. Juli sind die süddeutschen Fußballferien beendet. Mit Spannung erwartet man die ersten Treffen. Da die Verbandsspiele bereits am 7. August beginnen — das Saargebiet hat die Eröffnung der Punktspiele sogar acht Tage früher festgelegt — bleibt den Vereinen diesmal lediglich kurzfristige Vorbereitungszeit und nur ein einziger spielfreier Sonntag zur Verfügung. Das ist gewiß nicht viel und bedingt schärfste Konzentration aller vorhandenen Kräfte.

Die Gruppe Hessen.

Die bereits seit längerer Zeit im Zeichen einer frischen Aufwärtsentwicklung ihrer Spitzenvereine steht, wird gleichfalls hochaktuelle Begegnungen und zahlreiche Überraschungen zu gegenwärtigen haben.

FSV. 1905 Mainz (Titelverteidiger), Wormatia Worms, Alemannia Worms, FVgg. Kassel, FK. Langen, Olympia Lorch, SV. Wiesbaden, Viktoria Urberach, VfR. Birstadt, FVgg. Rombach

tragen in diesem Jahre den Kampf um die Meisterschaft und Platzierung aus. Wie stehen diesmal die Chancen? Obwohl sich der FSV. 1905 Mainz seinen ausgezeichneten Spielerbestand wider alles Erwarten erhalten und sogar noch durch Zuzug aus Neu-Isenburg verstärkt hat, gilt wiederum die altbewährte Kampfbild der Wormatia Worms als aussichtsreichster Kandidat. Wie wir bereits dieser Tage melden konnten, steht dem Altmeister in dieser Saison ein besonders reichhaltiges und vor allen Dingen ausgezeichnetes Spielermaterial zur Verfügung, das der neue englische Trainer bald nach seinem Gelde in die richtige Meisterschaftsform pressen sollte. Sichen die genannten Vereine also voraussichtlich wieder im Vordergrund der hessischen Fußballbahnen, so fragt sich, welche Rolle der übrigen Konkurrenz zugebilligt ist. Alemannia Worms hat an Einheitslichkeit nicht eingebüßt. Zu Hause wird sie kaum zu schlagen sein, so daß ihr ein guter Mittelplatz sicher ist. Den gleichen Rang kann man ohne weiteres dem SV. Wiesbaden einräumen, der sich mit seiner jugendlichen Elfi im vergangenen Jahre bescheiden im Hintergrund aufhielt, sich aber nunmehr nach der erfolgten Freigabe von Kutterer und Rübach besser zurechtfinden sollte, um im späteren Verlauf, wenn die Stürmer Scholz und Krouse zur Verfügung stehen, schärfer angreifen zu können. Es wird freilich ganz vom Start und den ersten Resultaten der Wiesbadener Mannschaft abhängen, ob sie sich im Schlussspiel bei einer einigermaßen günstigen Ausgangsposition zur gewünschten Geltung bringen kann. Auf alle Fälle ist der FSV, falls er unter einem günstigen Stern kämpft, durchaus in der Lage, die seitherige Rangfolge der Hesse-tabelle gründlich zu stören, es sei denn, daß Vereine wie FVgg. Kassel, FVgg. Rombach oder VfR. Birstadt den Aufstiegssturm einen Strich durch die Rechnung machen. Voraussichtlich aber muß man die bevorstehenden Kämpfe in Hessen als ein Duell zwischen den Vereinen um und in Worms bzw. Mainz bezeichnen. Ob sich FK. Langen oder Viktoria Urberach wie im Vorjahr durchsetzen werden, gilt als fraglich. Dagegen sollte Olympia Lorch die Wormser Front verstärken.

Wandern.

Am Sonntag, 7. August, findet die Jubiläums-Rhein-fahrt des Rhein- und Taunusklubs Wiesbaden statt. Die Rheinfahrt geht von Siebrich nach Boppard und zurück. In Boppard finden auf Wunsch Führungen durch die Stadt und die Umgebung statt. Anmeldung in der Geschäftsstelle Reugasse 17.

Handball D. T.

Aus dem Mittelkreis.

Am Sonntag wird eine Auswahlmannschaft des Gaues gegen den Meister und Aufstiegsandidaten des Gaues, den T. V. Breckenheim, in Breckenheim ein Werbespiel austragen. Da in beiden Mannschaften tüchtige Kräfte mitwirken, dürfte ein spannendes Spiel zu erwarten sein, dessen Ausgang völlig offen ist. Anwurf nachmittags 3 Uhr.

Turnerbunds 2. Mannschaft und Eintracht „Soma“ standen sich in einem Freundschaftsspiel gegenüber, das mit 5:5 einen unentschiedenen Ausgang nahm. Für morgen Sonntag liegen von den D. T. Vereinen Spielabschlüsse nicht vor.

Schwer-Athletik.

Kraftsport-Stadmeisterchaften 1932 im Ringen und Gewichtheben.

Der Sportklub „Heros“ hat die Vorbereitungen zu den Stadmeisterchaften im Ringen und Gewichtheben getroffen, die am Sonntag, 31. Juli, auf dem Sportplatz Roteplaf stattfinden. In der Ringkampfs-Konkurrenz hat Kraftsportverein Dohheim, „Athletia“ Wiesbaden und Kraftsportklub 1923 Biebrich Meldungen abgegeben. Der letztgenannte Verein dürfte mit den meisten Siegen in Front bleiben. Die in beiden Sportarten zu erwartenden spannenden Kämpfe sollen dazu beitragen, für den in der Öffentlichkeit wenig gezeigten Schwerathletensport zu wirken.

Flugsport.

Unfall Kronfelds.

Der Pilot rettet sich mit dem Fallschirm.

Das größte Segelflugzeug der Welt, die Maschine „Austria“ des Segelflegers Kronfeld, erreichte am Freitag nachmittag auf der Wassertruppe durch Schleppkraft eine große Höhe und verschwand in den Wolken über der bayerischen Rhön. Pflögl kam die Maschine im Sturzflug aus den Wolken, wobei die beiden Flügelenden losrissen. Kronfeld sprang mit dem Fallschirm aus der Maschine, während das Flugzeug im Tal zerfiel.

Radsport.

„Rund um den Neroberg.“

Anlässlich des 25jährigen Bestehens läßt der Rad-fahrklub Opel 1907 am Sonntag die Zuerstfahrigkeitsfahrt „Rund um den Neroberg“ fahren. Die Fahrt geht über acht Runden und ist reichsweit ausgeschrieben. Hierzu haben bereits namhafte Fahrer der DRAV ihre Meldungen zugelegt. Die Fahrt verspricht sehr interessant zu werden, da die Wiesbadener Fahrer Gebr. Drees, Trötmann, Schardt, Lehmler u. a. bestimmt alles daran setzen werden, um den Lorbeer zu erringen. Da die Fahrer achtmal die Runden passieren müssen, ist dem Publikum die Möglichkeit gegeben, den Stand der Fahrt aufs Genauste zu verfolgen. Von hiesigen Geschäftsleuten und der Firma Opel sind Preise gestiftet worden. Start: Fortstaus Dam-bachial, 7 Uhr nachmittags. Strecke: Fortstaus, Bahnhof, Köglers-Weg, Weigand-Hütte, Herrneichen, Schapper-Weg, Reichweilshöhe, Felsengruppe, Kaiser-Friedrich-Eiche, Kapellenstraße, Dammbachial. Der Schluß des Rennens wird gegen 10 Uhr erwartet.

Tennis.

Deutschland gegen Amerika am ersten Tage 1:1.

Das Interzonen-Finale zwischen Amerika und Deutschland im Spiel um den Davis-Pokal, das im ausverkauften Tribünen im Pariser Roland-Garros-Stadion begann, brachte jedem Lande einen Punkt. Cramm schlug im ersten Spiel den Amerikaner Fred Schiefs 7:5, 5:7, 6:4, 8:6, während Daniel Trenn tapfersten Widerstandes dem Wimbledon-Sieger Vines 3:6, 3:6, 6:0, 4:6 unterlag.

Neues aus aller Welt.

Der Bly überführt einen Mörder.

„Blyfiguren“ als Berräter.

In New Jersey haben sich die Elemente in den Diebstahl gestellt und zwar in einer Art, daß man die abergläubischen Mittelalter der Meinung gewesen wäre, höhere Gewalten haben den Verbrecher gezeichnet, um seiner Untaten zu überführen. Vor einigen Wochen wurde ein Mädchen Roy Fuchs ermordet. Offenbar war das Verbrechen aus Eifersucht verübt worden, denn es wurde nicht geraubt, und eine andere Ursache des Mordes war nicht ersichtlich. Als der Tat verdächtig wurde der Bräutigam des jungen Mädchens verhaftet, zugleich aber auch ein Freund der sich um Roy vor ihrer Verlobung beworben hatte. Dieser Freund Bill Garter wurde ein Tag nach dem Mord in New York festgenommen, wo er sich angeblich seit mehreren Tagen ohne Unterbrechung befand, um Arbeit zu suchen. Mehrere Zeugen, die Garter zur Befristung seiner Aussage anrief, erklärten, daß sie am Tage des Mordes mit Garter zusammen gewesen seien. Sein Alibi war also schonbar geglättet, und der Bräutigam war so gut wie des Verbrechens überführt. Der Polizeikommissar befragte Garter nur noch zur Aufklärung einiger Fragen, die die Vorleben der Ermordeten betrafen, in Haft.

Bei der Vernehmung, bei der Garter sehr lebhaft sprach, bemerkte der Kommissar auf der rechten Hand Garters seltsame Figuren, die wie verbrannte Stellen ausahen. Es ergab sich bei einer Untersuchung, daß es sich um sogenannte „Blyfiguren“ handelte, die ein Mensch, der vom Bly behaftet wird, manchmal einige Zeit behält, auch wenn der Bly ihn sonst nicht weiter geschädigt hat. Sehr richtig, daß der Kommissar sein hauptsächlichstes Augenmerk auf diese bemerkenswerten „Zeichnungen“ der Hand. Er stellte durch Nachfragen fest, daß Garter diese „Blyfiguren“ jedenfalls vor dem Mord nicht gehabt hatte. Am Tage des Mordes war aber in dem Viertel von New York, wo sich Garter nach den Aussagen der Zeugen und seinen eigenen Mitteilung aufgehalten hatte, kein Gewitter niedergegangen. Der Tag gegen New Jersey von einem Gewitter, das zwar sehr heftig war, heimgekehrt worden. Die Verleugung und Unruhe bei der Entdeckung der Figuren in der Verbindung mit seinen Erzählungen und den Berichten sein des Freunde ließ den Verdacht des Kommissars, daß Garter in dem Mord in Beziehung steht, fast zur Gewissheit werden. Er vernahm nun noch einmal den Bräutigam und stellte fest, daß dieser die größte Trauer und den größten Schmerz um seine Braut zeigte. Er hatte mit seiner Braut die Nacht des Mordes verbracht und sie auch nach Hause begleitet. Diesen Augenblick hatte der Mörder, der sich die Garter verhaftet hatte und nachher auf das Gewitter und die letzte, abgemerkte, um das junge Mädchen zu töten, weil es, sich geweigert hatte, das Verlöbnis aufzulösen und sich ihm zu verloben. Dieses Geständnis machte Garter, nachdem der Kommissar ihm das Verbrechen auf den Kopf jern gesagt hatte. Sein fest geglättetes Alibi wurde durch die seltsame Spiel der Elemente zerstört und der Bly hatte in ein Justizverbrechen verhindert, obwohl Garter in rascher Weise alles getan hatte, um den Verdacht auf einen Unschuldigen abzulenkten.

Selbstmordversuch eines Sparkassenleiters. Der in den 50er Jahren stehende Sparkassenamtmann Hermann Reichardt in Laubach hatte sich im Bureau der Städtischen Sparkasse vor seinem Schreibtisch sitzend in die Schläfe geschossen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Die Verletzung ist lebensgefährlich. Die Beweggründe zur Tat sind noch nicht bekannt. Die Tat hat in der Stadt erhebliches Aufsehen hervorgerufen.

Verkehrsunfall in München. Ein schweres Verkehrsunfall ereignete sich im Westen Münchens. An einer abschüssigen Stelle rief von einem mit Kies beladenen Lastkraftwagen einer Münchener Baufirma der Unhänger los und fuhr nach rückwärts die abschüssige Straße hinab. Ein Mann, der auf einem Fahrrad ein Kind mit sich führte, wurde erfasst und ebenso wie das Kind auf der Stelle erschlagen. Dann geriet das Gefährt auf den Bürgersteig und überrollte mehrere Passanten. Eine Frau und ein Mann erlitten tödliche Verletzungen. Ein weiterer Passant wurde schwer verletzt.

Kraftwagenunfall in Singen. Am Stadtausgang von Singen stieß in einer als gefährlich bekannten Kurve ein mit sechs Personen und einem Kind besetzte Kraftwagen aus Godesberg mit einem Essener Lieferwagen zusammen. Eine Insassin war sofort tot. Fünf weitere Insassen wurden schwer verletzt. Kurz nach dem Unfall fuhr ein schwerer Personenwagen auf den Trümmerhaufen auf. Zwei Insassen dieses Wagens wurden durch Glassplitter verletzt.

Raubüberfall auf der Landstraße bei Birna. Ein Kraftwagen wurde auf der Landstraße in der Nähe von Birna von zwei Männern angehalten. Sie bedrohten den Insassen mit Revolvern und rissen ihm die Kleider vom Leibe. Sie raubten eine Kasse mit über 2500 Mark. Die Täter entkamen.

Gronau auf Island gelandet. Der deutsche Flieger Gronau ist am Freitagabend kurz vor 7 Uhr glatt in Sendisford in Island gelandet.

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten und „Das Unterhaltungsblatt“.

Verantwortlich für Politik und Handel: S. Kellisch; für Unterhaltung, Sport, Nachrichten und den übrigen Schriftteil: J. D. S. Kellisch; für die Anzeigen: R. Kellisch; für die Anzeigen: R. Kellisch; für die Anzeigen: R. Kellisch. Druck und Verlag des L. Schellenberg'schen Hofbuchdruckers in Wiesbaden.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Österreichs Finanzen saniert? — Deutschlands Außenhandel. — Neue Wirtschaftsgegnung. — Umwälzende Erfindungen. — Vom Filmgeschäft.

Österreich hat sich die Auslandsanleihe von 300 Millionen Schilling (oder 180 Millionen RM) zu recht schweren Bedingungen gekauft. Von den politischen Bedingungen sei hier ganz abgesehen. Darüber hinaus mußte sich Österreich einer verschärften Völkerverbundkontrolle unterwerfen. An Stelle der österreichischen Regierung wird künftig ein Ausschuss, der sich aus den die Auslandsanleihe garantierenden Ländern zusammensetzt, die Bedingungen der Anleiheausgaben festlegen. Die österreichische Regierung mußte sich ferner verpflichten, das Gleichgewicht im Staatshaushalt unter allen Umständen aufrecht zu erhalten und das Gleichgewicht in dem Etat der Bundesbahnen sofort wieder herzustellen. Um die Ausführung dieser Auflagen zu überwachen, wird sowohl bei der Regierung als auch bei der Nationalbank ein Völkerverbundsvertreter als Aufsichtsorgan und Ratgeber tätig sein.

Für alle künftigen Lieferungsverträge des österreichischen Staates oder der österreichischen Bundesbahnen ist eine vorherige Genehmigung der Völkerverbundsvertreter einzuholen!

Der Völkerverbundsvertreter bei der österreichischen Regierung wird mit dieser zusammen das Recht zur Überwachung der Finanzgebarung der Bundesländer und Gemeinden weiter ausbauen, damit diese in Zukunft keine selbständigen Kredite mehr aufnehmen können. Diese Maßnahmen zielen auf die Sanierung der österreichischen Finanzwirtschaft ab. In der ersten Linie gegen die außerordentlich stark vergrößerte Finanzwirtschaft der sozialistischen Gemeindeförderung der Bundeshauptstadt Wien. Auch über die Verwendung der 300 Millionen Schilling sind genaue Vorschriften erlassen worden, die die österreichische Regierung einhalten muß. Zunächst ist die kurzfristige Anleihe der „Bank von England“ zurückzahlen, wofür gleich 100 Millionen Schilling abgehen. Sodann müssen alle schwebenden inneren Schulden, einschließlich den Schulden der Bundesbahnen, sofort beglichen werden. Der übrig bleibende Rest der Auslandsanleihe kann von der österreichischen Regierung nur im Einvernehmen mit den Völkerverbundsvertretern Verwendung finden. Dies ist aber nur die Theorie. In Praxis dürfte sich ergeben, daß die Auslandsanleihe für diese Zwecke gar nicht ausreicht. Auf jeden Fall wird für die Abdeckung der Baranschulden und für die Einfuhrfinanzierung nichts übrig bleiben.

Österreichs Finanzen sind durch diese Auslandsanleihe keineswegs saniert!

Das Transformatorium soll ja anscheinend auch beibehalten werden. Aus eigener Kraft wird Österreich aber nicht nach und nach nichts von seinen Auslandsverpflichtungen tragen können. Ob in dem gegenwärtigen Stadium der österreichischen Wirtschafts- und Finanzlage die Unterbindung der bisherigen Schuldenwirtschaft durch die Völkerverbundsauflage allein noch die Rettung und allmähliche Gesundung bringen kann, muß sehr bezweifelt werden.

Das „Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr“ an der Universität Kiel hat soeben ein umfangreiches Werk veröffentlicht, in dem die Ergebnisse einer Untersuchung über den deutschen Außenhandel niedergelegt sind.

Eine Analyse des Welthandels ergab, daß die Bedeutung des Austauschs zwischen Agrar- und Industrieländern gestiegen ist, während andererseits der Austausch unter den Industrieländern durch die Auswirkung der schützenden Handelspolitik zurückging.

Schließlich folgt, daß das heutige Wirtschaftssystem nicht in die einfache Frage gekleidet werden kann: Autarkie oder Weltwirtschaft? — sondern, daß es durchaus notwendig ist, sich die Entwicklung der Wirtschaft im einzelnen zu vergleichen und daraus erst Schlüsse zu ziehen. Eine Autarkie ist sinnlos, solange tatsächlich nur zwischen einzelnen Ländern die Austauschmöglichkeiten geringe geworden sind. Gerade in dem, nachdem Handelsverkehr zwischen Agrar- und Industrieländern liegen Vorteile für beide Wirtschaften, die ganz andere Beschäftigungsmöglichkeiten ausnützen lassen als eine Autarkie, hat immer wirtschaftlichen Rückschritt bedeutet.

Daher wendet sich auch der „Deutsche Industrie- und Handelsrat“ mit Recht gegen eine grundsätzliche Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt.

Das Ziel der deutschen Handelspolitik könne nur sein, dem deutschen Volke die Erreichung des bestmöglichen Volkswohls zu erleichtern. Die deutsche Wirtschaftspolitik müsse härter als je von dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung und der Kapitalbildung geleitet werden, wofür eine Ausfuhr eine Voraussetzung ist. Deutsche Ausfuhr aber nur möglich bei einer grundsätzlichen des Warenverkehrs geneigten deutschen Handelspolitik. Die deutsche Außenhandelspolitik muß sich der Notwendigkeit bewusst bleiben, der deutschen Ausfuhr (die als Ausfuhr hochwertiger Güter von Gütern mit besonderer Eigenart notwendigerweise eine sehr große Streuung hat) nach möglichst vielen Ländern die besten Möglichkeiten und gleiches Recht mit anderen Staaten zu schaffen. Zwischen Ein- und Ausfuhr muß das Volkswirtschaftlich bestmögliche Verhältnis erreicht werden. Schließlich einem anzuerkennenden verständigen Schutz inländischer Arbeit muß vor allem bei der Ausfuhr im Weltmarkt Wettbewerb mit den übrigen Völkern wieder ein günstigerer Markt im Weltmarkt errungen werden. Die Schädlichkeit einer Handelsbeschränkung ist ja bereits eine internationale Erkenntnis. Die Vertreter der Institute für Konjunkturforschung der Länder Belgien, Deutschland, England, Pol-

land, Österreich, Polen, Ungarn und der Vereinigten Staaten von Nordamerika haben auf einer dieser Tage in London stattgefundenen Tagung dieser Einsicht in einer Entschiedenheit Ausdruck gegeben, in der es u. a. heißt:

Die Wirtschaftskrise, deren hervorstechendsten Merkmale Arbeitslosigkeit und Preisrückgänge sind, wurde in sehr erheblichem Maße in ihrer Schwere erhöht durch die zahlreich und häufig geänderten Maßnahmen, die zur Beschränkung der Freiheit des Handels und Geldverkehrs vorgenommen wurden. Diese defensiven Maßnahmen, die von den einzelnen Ländern ergriffen wurden, wirkten sich gegenwärtig verheerend aus.

Theoretisch ist man sich also über die Fehler der Wirtschaftspolitik klar. Aber, ob in Praxis daraus die Folgerungen gezogen werden? Das ist die Frage. Die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz hat jedenfalls die Möglichkeit, zwischen theoretischer Einsicht und praktischer Unerfahrenheit die Brücke zu schlagen.

Das sogenannte „Reichsforum für Wirtschaftlichkeit“ ist eine Institution, von der weitere Kreise nur einmal jährlich etwas hören, wenn der Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr veröffentlicht wird. Und doch hat das Reichsforum für Wirtschaftlichkeit in den letzten Jahren mannigfache Aufgaben erfüllt, die sich volkswirtschaftlich günstig auswirken. Bahnbrechend war insbesondere die Arbeit auf dem wichtigen Gebiete der Normierung. Auch das kaufmännische Rechnungswesen wurde wirtschaftlich durchgearbeitet. Eine Hauptaufgabe wurde aber in der Zusammenarbeit mit allen möglichen Wirtschaftskreisen zur Behandlung von Sonderproblemen gesehen. Verschiedene Arbeitsgemeinschaften in nationalem und internationalem Rahmen befaßten sich mit den aktuellen wirtschaftlichen Fragen. Diese Gemeinschaftsarbeit ist es, auf die besondere Hoffnungen gesetzt werden dürfen. Der diesjährige Geschäftsbericht weist daraufhin, daß leider Egoismus, Mißtrauen und Isolierung nicht nur die internationalen Beziehungen, sondern auch in der nationalen Wirtschaftsgemeinschaft die Beziehungen der einzelnen Wirtschaftssubjekte, Wirtschaftszweige und Wirtschaftsgruppen in viel zu hohem Maße bestimmen. Gerade sie schwächen in ihrer Überbetonung die nationale Widerstandskraft gegenüber den Auswirkungen der Weltkrise und verschärfen damit die Verelendung. Die wirtschaftliche Vernunft und der Selbsthaltungstrieb der Volksgemeinschaft machen es daher zu einem unabwiesbaren Erfordernis, diese schädlichen Momente des Egoismus, des Mißtrauens und der Isolierung auf einer höheren Ebene der Wirtschaftstechnik und des Wirtschaftsethos durch Gemeinschaftsarbeit zu überwinden.

An die Stelle des schrankenlosen Egoismus muß das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit treten, an die Stelle des Mißtrauens das Vertrauen darauf, daß der Nebenmann nicht Gegner, sondern Helfer am gemeinsamen Werk ist, an die Stelle der Isolierung der Wille und die Pflicht der Einordnung.

Der Wille zur Gemeinschaftsarbeit wird nach Ansicht des Reichsforums für Wirtschaftlichkeit dabei nicht nur durch das Herauskommen einer neuen Wirtschaftsgegnung gefördert, sondern auch durch die nüchternen Erkenntnis, daß auf die Dauer der einzelne nur in dem Maße seiner Mitwirkung in der Gemeinschaft für die Gemeinschaft die materielle Grundlage seines eigenen Daseins sichern und verbessern kann. Dies alles klingt sehr nach dem grünen Tisch, aber es ist keine Frage, daß durch die Verbreitung dieser Überlegungen die Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden kann. Der Eigennutz als wirtschaftliche Triebfeder wird nie ausgeschaltet werden können. Aber, wenn die Erkenntnis Allgemeingut wird, daß Gemeinschaftsarbeit leichtenfalls am besten auch dem einzelnen nützt, daß nur volkswirtschaftlich Nützliches

Weinbau und Weinhandel.

Wenigstens sind die Vorräte an Konsumweinen stark zusammengeschmolzen. So dürfte der 1931er bald in erster Hand zur Reife gehen. Der Markt der Qualitätsgewächse hat sich jedoch noch nicht gebessert. Die Weinpreise haben überall seit dem Frühjahr eine Erhöhung erfahren. Einsteilen sind die Ernteausichten günstig, aber es sind noch etwa 100 Tage, bis geerntet werden kann und diese Zeit muß viel Sonnenschein aufweisen, sonst ist es um die zahlreich hängenden jungen Trauben geschehen. Durch lokale Unwetter hat es schon Schäden gegeben. Auch der Heumurm hat manches weggesprengt und was der Sauerwurm holen wird, läßt sich jetzt noch nicht sagen.

In der Rheinpfalz hat die fünfte Versteigerung 1931er Gewächse durch die „Grünstädter Weinmarkt“-Ver-einigung stattgefunden. Abfall und Preise waren zufriedenstellend. Bezahlt wurden für die 1000 Liter 1930er Weißwein natur 360 M., 1931er Weißwein natur 440-710, ge-zudert 350-480, 1931er Portugieser-Rotfärbung, ge-zudert 280-330 M. Im freien Geschäft bezahlt man für 1931er Oberhaardter Weißweine 310-400, Mittelhaardter 520 bis 750, Unterhaardter 400-500 M. 1931er Rotweine, die sehr gefragt sind, erzielen an der Mittelhaardt durchschnittlich 340-360 M. je Fuder.

In Rheinhessen ist zwar auch das Geschäft in den

auf die Dauer auch privatwirtschaftliche Vorteile bringt, dann ist das ein Schritt weiter, wofür das „Reichsforum für Wirtschaftlichkeit“ die Wege ebnen will.

Für die Technik gibt es keinen Stillstand. Die Arbeit der Wissenschaft geschieht in stillen Laboratorien. Die große Masse erfährt nichts davon, hält vielleicht die Tätigkeit der Wissenschaftler für theoretische Spielereien. Bis plötzlich das Ergebnis einer solchen jahrelangen Arbeit bekannt wird und grundlegende Umwälzungen hervorruft. So sind auch in diesen Tagen wieder auf zwei ganz verschiedenen Gebieten die Früchte langer, Kenntnisse und Ausdauer ver-langender Versuche gereift. In dem einen Falle handelt es sich um die Erzielung eines möglichst wirtschaftlichen und gleichzeitig möglichst hohen Heizwertes.

Englische Ingenieure haben durch eine Verbindung von Öl und Kohlenstaub einen Heizstoff geschaffen, der nicht nur technische Vorteile bringt, sondern um 1/4 billiger ist als eine Ölschmelze.

Für die Schifffahrt wird dadurch eine Umstellung ermöglicht, die bei gleicher Leistungsfähigkeit der Maschinen 1/4 der bisherigen Heizkosten spart. Wo Maschinen laufen, werden diese Vorteile ausgenutzt werden können. Eine Nebenbedeutung dieser Erfindung ist übrigens, daß die Kohle durch dieses Verfahren ganz anders, rationeller, Verwendung finden kann. Ein Ausbrauchen der heute erschlossenen Kohlenvor-kommen ist dadurch in weite Ferne gerückt und hat gar keine praktische Bedeutung mehr.

Die andere Erfindung ermöglicht eine gewaltige Vereinfachung der Gummierstellung.

Bisher handelte es sich hierbei um ziemlich komplizierte tech-nische Vorgänge, die für das Endprodukt einen Preis be-dingten, der eine Ausnutzung für verschiedene, an sich prak-tische Zwecke an den Kosten scheitern ließ. So war es nicht möglich, den in Amerika und England hergestellten Kautschukplatten für Straßendecken einen Absatzmarkt zu ver-schaffen, weil ein Quadratmeter Straßendecke etwa 50 RM gekostet hätte. Jetzt wird der Quadratmeter bereits für 10 RM zu liefern sein, die Vorteile dieser Kautschukdecken können also eher im modernen Straßenbau benutzt werden. Die neue Maschine, ebenfalls eine englische Erfindung, er-laubt eine enorme Vereinfachung des bisher komplizierten Produktionsvorganges und verwandelt den Saft sofort in Kautschukpulver.

Die Kinotheater leiden bekanntlich stark unter den un-günstigen Wirtschaftsverhältnissen, sie müssen zudem neben der (erhöhten) Umsatzsteuer noch die beträchtlichen Luxur-steuern tragen. Erhebliche Ermäßigungen der Ein-trittspreise kamen der geringer gewordenen Kaufkraft des Publikums entgegen. Der Besuch dürfte sich daher per Saldo nur wenig verändert haben. Die Ufa berichtet z. B., daß in dem Geschäftsjahr vom 1. Juni 1931 bis 31. Mai 1932 die Besucherzahl ihrer Kinos sogar gegen das Vorjahr um 1,5 Millionen zugenommen habe, während die Einnahmen angesichts der herabgesetzten Eintrittspreise um 10 Prozent zurückgingen.

Man glaubt, beobachtet zu haben, daß der Tonfilm dem Kino neue Besucherbrachten zugeführt hat und hofft, daß mit der fortgehenden technischen Vervollkommenung des Tonfilms diese Bewegung zum Tonfilmtheater weiter anhält.

Erfreulich ist, daß der deutsche Tonfilm sich auch interna-tional einen guten Platz erworben hat. In der Kräftever-schiebung, die das Erscheinen des Tonfilms auslöste, ist der deutsche Tonfilm auf die erste Stelle in Europa, also auch außerhalb Deutschlands, gerückt. Welche Bedeutung dies volkswirtschaftlich und denispolitisch hat, zeigt das Aus-fuhrergebnis.

Die Ufa konnte in dem jetzt abgelaufenen Geschäftsjahr trotz der Denismäßigkeiten in vielen Ländern die Einnahmen aus der Tonfilmausfuhr gegen das Vorjahr um 45 Prozent steigern!

Der Tonfilm hat übrigens seine Produzenten gleichzeitig zu Musikalienverlegern gemacht, die mit einem Schlage in die erste Reihe dieser Branche traten.

Es wäre sinnlos

nikotinarme Zigaretten zu kaufen, die fad schmecken, denn Rauchen soll ein Genuss sein. **Sanct Georg** ist aber natürlich nikotinarm und doch sehr würzig und aromatisch. Sie schmeckt so vorzüglich, dass es sich empfiehlt, sie ohne Gold=Mundstück zu wählen.



Sanct Georg
NIKOTINARM

58

Geheimkampf an der Südwestfront des Weltkrieges.

Was ein österreichischer Nachrichtensoffizier in der Schweiz und Italien erlebte.

Von Paul Rahden.

3. Fortsetzung

(Nachdruck verboten.)

Sprengkörper in Kohle.

Hauptsächlich mußten wir danach trachten, auf unauffällige Art Sprengkörper zu erhalten. Das gelang uns so gut, daß die Behörden der Schweiz niemals etwas Verdächtiges entdeckten. Auf die Einführung von Sprengstoffen waren hohe Strafen gesetzt. Allerdings hatte niemand eine Ahnung, was eigentlich in den Sendungen von schönem Spielzeug enthalten war, das in großen Kisten ankam. Gar schöne Spiele spielten wir mit dem Inhalt der Handwürste und Puppen!

Wir bekamen aber auch Probeforderungen von Kohle, bekanntlich eines im Kriege besonders heiß begehrten Einfuhrartikels der Schweiz. Nur daß in einzelne anscheinend unverfängliche Kohlenstücke, die von anderen nicht zu unterscheiden waren, mit Estrast gefüllte Sprengkörper eingeschlossen waren. Es war nun für die Leute, die in Italien für uns arbeiteten, nicht allzu schwer, diese Kohlenstücke mit den Sprengkörpern — speziell in Brindisi, wie ich mich oft selbst überzeugte — vorsichtig auf die Kohlenlager zu bringen, die neben der Stadt hinter einem Meeresarm lagen und auch nach Kriegsausbruch sehr sorglos bewacht waren. Solche Sprengkörper, an freier Luft verbrannt, machen nicht viel Schaden, in einem engen Raum jedoch, wie etwa in der Kohlenfeuerung eines Kriegsschiffes oder an Land in einem Ofen oder im Keller eines Gebäudes, hat ihre Explosion furchtbare Wirkungen. Je kleiner dieser Raum ist, desto stärkere Wirkung wird erzielt. Nun waren also die mit Estrast gefüllten Kohlenstücke auf die Kohlenlager von Brindisi, Ancona und ich glaube auch Tarento gelegt worden. Natürlich gehörte Glück dazu, daß sie gerade von einem Kriegsschiffe in die Kohlenbunker geworfen wurden.

Im Hafen von Brindisi lag nun im Juni 1915 der Kreuzer „Benedetto Brin“, ein nicht mehr neues, jedoch kriegstüchtiges italienisches Kriegsschiff. Auf allen Schiffen wird immer, auch wenn sie im Hafen liegen, mindestens ein Kessel geheizt. Eines Tages flog ohne jede sichtbare Ursache plötzlich das Schiff in die Luft und versank im inneren Hafen von Brindisi. Die Explosion war so stark, daß das Schiff nicht mehr gehoben werden konnte und

als verloren angesehen wurde. Die Italiener zerbrachen sich die Köpfe, wie die Explosion möglich gewesen sei. Sie sind aber nie darauf gekommen, daß das Schiff beim Kohlenbunkern Sprengkörper mit eingeladen hatte. Alles mögliche wurde geglaubt; wir hörten es später von Freunden. Manche sagten, daß ein deutscher Feldwebel mit einem Mädchen die Explosion hervorgerufen hätte, wieder andere erzählten weitere Märchen, das Richtige haben die Italiener nie erraten.

Brennbare Kleider.

Nicht allein Sprengkörper in Kohle erhielten wir, sondern auch chemisch präparierte Kleider. Zur Vermeidung jedes Aufsehens waren dies alte, oft geflickte, jedenfalls getragene Arbeitskleider, die mit einer chemischen Masse präpariert waren und die an irgend einer Stelle einen sehr leicht zündbaren Sprengkörper eingenäht hatten. Diese Kleider legten unsere Freunde nach der Arbeit ab, zündeten sie vorsichtig an einem Ende an, von dem an die Flamme weiterglommte, um nach einigen Stunden die Sprengstelle zu erreichen, worauf alles in der Nähe in Brand gesetzt wurde. Niemals haben die Italiener diese raffinierte Methode entdeckt.

Man sandte uns auch Sprengkörper, meistens Estrast mit allerfeinstem Uhrwerk, welche auf die Sekunde zu stellen waren; wieder andere Sprengkörper waren so präpariert, daß man sie an Flugzeughallen, Bahnmagazinen und andere militärische Gebäude legen konnte, wo sie nach einer gewissen Zeit einen Brand verursachten, der gewöhnlich nicht leicht gelöscht werden konnte. Mit allen diesen Vorrichtungen mußten wir unsere Freunde so bekannt machen, daß sie selbst bei irgendeiner unvorsichtigen Manipulation keinen Schaden erlitten und ganz genau wußten, wo die Masse angezündet werden mußte.

Dies war wirklich oft eine schwere Arbeit. Wir selbst hatten in der Schweiz keine Sabotageschulen, die erst später aufstamen. Die Italiener erklärten, mein Chef wäre der beste Saboteur gewesen, den Österreich gehabt habe. Dies ist wohl das größte Lob, das man meinem Vorgesetzten geben konnte. Während mein Chef alle administrative Arbeit leistete, da er nicht von Zürich weg konnte, instruierte er mich so genau, daß bei unseren

Unternehmungen fast nie ein Fehlschlag eintrat. Der große Vorteil, den wir vor allen anderen Büros, sagen wir gleicher Branche, voraus hatten, war der, daß wir mit Leuten arbeiteten, die fast nie etwas verlangten oder annahmen.

Feuersbrünste in den Häfen von Neapel und Genua.

Unsere Arbeit begann im Frühling 1916 den Italienern unheimlich zu werden. Feuersbrünste in den großen Häfen Genua und Neapel häuften sich so, daß fast keine Woche verging, ohne daß irgend ein Magazin in Flammen aufging. Flugzeughallen brannten nieder, Bahnanlagen wurden beschädigt. Diese Unglücksfälle ereigneten sich trotz der allergrößten Vorsicht, und die Italiener standen vor einem Rätsel. Bald verloren sie durch Feuersbrünste ein Magazin mit Baumwolle im Neapeler Hafen, bald ein Magazin mit Heeresgut in Genua. Große Brände wurden von italienischer Seite ausgeschrieben, jedoch ohne jeden Erfolg. Wir hatten unsere Freunde so organisiert, daß die Arbeit fast immer von Einheimischen gemacht werden konnte, denn das Reisen in Italien war schon damals nur mit Erlaubnischeinern gestattet.

Eine solche Feuersbrunst entstand ungefähr folgendermaßen: Schon im Frühling ist es in Genua ziemlich heiß. Der Hafen von Genua ist ein punto franco, ein Freihafen, wo alle Güter aus dem Auslande ohne Zoll eingeführt wurden. Der Hafen selbst ist direkt am Meer und wird umgeben von Felsen, die bis 100 Meter Höhe haben. An seinem Ende, dort, wo die Kohlenlager Genua sind und wo der berühmte Leuchtturm steht, wird der Hafen ebenso wie am Eingang durch eine hohe Mauer abgeschlossen. Im Wasser lagen noch damals viel italienische, holländische, englische und speziell griechische Dampfer, welche letztere gewöhnlich als Neutrale Blodade gut brachten. Im Hafen selbst befinden sich unzählige Magazine, von denen fast jedes durch eigene Straße vom anderen getrennt ist. Von diesen Magazinen enthält das eine Baumwolle, das andere Getreide, wieder eines Heeresgut usw.

(Fortsetzung folgt.)

Mein **SAISON-SCHLUSS-VERKAUF** mit seinen rücksichtslos herabgesetzten Preisen geht weiter!

CARL DAUB, KIRCHGASSE 27

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Durchgehend geöffnet!

Salon-Schiff Vater Rhein 450 Pers.

fährt jeden **Dienstag, Mittwoch und Donnerstag** nach **Koblenz** u. zurück
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt **nur Mk. 3.—**.
Nach Rudesheim nur Mk. 1.—, St. Goar nur Mk. 2.—
für Hin- und Rückfahrt. 1953
Kinder unter 14 Jahren die Hälfte.

Abfahrt 7.10 Uhr am **Biebricher Schloß**.
Aufenthalt in Koblenz 2½ Stunden.

Karten erhältlich bei Carl Schultze, Langgasse 25,
Ludwig Engel, Wilhelmstr. 52 und auf dem Schiff.

Apothekendienst in Wiesbaden

vom 23. bis 28. Juli 1932.

Sonn- und Feiertagsdienst und gleichzeitig Nachtdienst von abends 7 Uhr bis morgens 8 Uhr, sowie Mittagsdienst von 1½—2½ Uhr. Der Nachtdienst beginnt Samstags oder am Vorabend des gesetzlichen Feiertags. In der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens wird ein gesetzlicher Zuschlag von 1 Mark für jede Inanspruchnahme erhoben.

Engel-Apotheke, Dohmeier Str. 25. Fernspr. 25455.
Kirch-Apotheke, Marktstraße 29. Fernspr. 27048.
Karl-Friedr.-Apotheke, Schierstr. 15. Fernspr. 26866.
Dranien-Apotheke, Lounusstraße 37. Fernspr. 27559.

Apothekendienst in W.-Biebrich.

Sonntag, 24. Juli 1932.

Wagner-Apotheke, Mainzer Str. 30. Fernspr. 61420.

Die Weltmarke

WECK

Das Einkochglas der erfahrenen Hausfrau!

Der Einkoch-Apparat, komplett **6.50**
Der beste Gummiring „Garant. Weck“

20% unter dem Vorkriegspreis!

Alleinverkauf:

L.D. JUNG Kirchgasse 47
Telephon 27213

Schlangenbad

Heute Samstag nachmittag 3 Uhr

großes Schwimm- und Strandfest

im Thermal-Schwimmbad

unter lebenswürdiger Mitwirkung des Schwimmvereins Wiesbaden 1911 verbunden mit

Strand- und Herbstmodenschau der Firma Frank & Marx, Wiesbaden.

Abends TANZ

Bei ungünstiger Witterung finden Modenschau und Tanz im Saale statt.

Letzter Autobus ab Schlangenbad 12 Uhr nachts.

Eintrittspreis 1.50 Mk.

1154

Warum?
Drucksachen
aus unseren
Werkstätten

Weil sie infolge ihrer zweckbetonten und gediegenen Ausführung tatsächlich Erfolgserfolge sind

**L. SCHELLENBERG'SCHE
HOFBUCHDRUCKEREI**
Tagblatt-Haus, Langgasse 21 • Telefon 59631

Wer sucht Hypotheken, Geld? der wende sich per Darlehen, Kauf- u. Bau-Geld? an zwecks kostenloser Auskunft an **F. H. Thysen** in Frankfurt a. M. Bahnhofplatz 2. Bei Anfragen Rückporto erbeten. Vertretung für Wiesbaden zu vergeben.



Schuhwaren-Groß-Verkauf

neue fescche Modelle enorm billige Preise

Schuhhaus Drachmann

Neugasse 22 301

Parterre und 1. Stock

Herb — Ofen geheizt.

Off. u. H. 749 Tagbl.-Bl.

Schöne sonnige ruhige

3-Zimmer-Wohnung

mit allem Zubehör, im

1. Stad. Nähe Blumen-

wiese, verm. a. 1. 10. 32.

Besicht. tägl. zw. 9 und

15 Uhr. Näheres im

Tagbl.-Berl. Km

Matratzen

zu haben im Tagbl.-Berl.

Schalterhalle rechts.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Abschnittes 1 der Ziffer 3 der Gebührenordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden für die Schlachtvieh- und Trichinenschau vom 20. 1. 1931 (Reg. u. Bl. Nummer 4. 31) lege ich in Veränderung meiner Bekanntmachung vom 4. 3. 1932 die Gebührensätze mit Wirkung vom 1. 7. 1932 ab unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs, wie folgt, fest:

A) Zu Abschnitt 1 des 2. Nachtrages der Gebührenordnung vom 20. 1. 1931:

Ziffer 1a für 1 Pferd oder 1 sonstigen Einhufer	0.48 Mk.
Ziffer 1b für 1 Stüd Rindvieh auschl. Kälber	0.25 Mk.
Ziffer 1c für 1 Schwein (einschl. Trichinenschau)	0.17 Mk.
Ziffer 1d für 1 Schwein (auschl. Trichinenschau)	0.09 Mk.
Ziffer 1e für 1 Schwein oder 1 Hund (Trichinenschau allein)	0.08 Mk.
Ziffer 1f für 1 Kalb	0.08 Mk.
Ziffer 1g für 1 sonst. Stüd Kleinvieh (Schaf, Ziege, Hund)	0.07 Mk.
Ziffer 1h für 1 Ferkel, 1 Ferkel od. Lamm	0.03 Mk.
Ziffer 2a für 1 Schinken	0.05 Mk.
Ziffer 2b für 1 Stüd Sped oder ein sonst. Fleischstüd	0.03 Mk.

B) Zu Abschnitt 1 des 2. Nachtrages der Gebührenordnung vom 20. 1. 1931: (Hauschlachtungen).

Ziffer 2a für 1 Rind (auschl. Kälber)	0.24 Mk.
Ziffer 2b für 1 Schwein (einschl. Trichinenschau)	0.14 Mk.
Ziffer 2c für 1 Schwein (auschl. Trichinenschau)	0.08 Mk.
Ziffer 2d für 1 Schwein (Trichinenschau allein)	0.07 Mk.
Ziffer 2e für 1 Kalb usw.	0.07 Mk.

Wiesbaden, 7. Juni 1932.

Der Polizeipräsident. J. B.: gez. Dr. Bachmann.

Bekanntmachung

betreffend Beräumung der Straßen

Die Untugend, Papierfetzen, wie Einwickelpapier, Straßenbahnfahrcheine und Flugblätter, Obstkerne, Obstkerne usw. auf der Straße wegzumwerfen, hat in letzter Zeit überhand genommen. Besonders in der Nähe von Straßenbahnhaltestellen und Ruhebänken in den Anlagen und Alleen herrscht größte Unreinlichkeit. Abgesehen von der Verunstaltung der Straßenbilder bilden die herumliegenden Obstkerne, Apfelkerne und Bananenkerne eine erhebliche Gefahr für die Passanten. Es ist schon wiederholt vorgeschommen, daß dadurch Personen zu Fall gekommen sind und teilweise erheblichen Schaden genommen haben.

Es wird daher an die Einwohner Wiesbadens die dringende Mahnung gerichtet, keinerlei Abfälle gleich welcher Art, auf die Straße und auf der Bürgersteig zu werfen. Zuwiderhandelnde werden in Zukunft auf Grund des § 73 der Straßenpolizeiverordnung vom 10. Oktober 1910 mit empfindlichen Strafen belegt werden.

Die Polizeiverwaltung.